

Zur Revision
der
Landgemeinde-Ordnung
und der
Wohlfahrtsregeln
vom Jahre 1866
von
W. v. Güldenstubbe.

Verlag von E. J. Karow's Universitätsbuchhandlung
Dorpat und Fellin
1879.

Est. A-259 1981
170
5110

Zur Revision
der
Landgemeinde-Ordnung
und der
Wohlfahrtsregeln

vom Jahre 1866

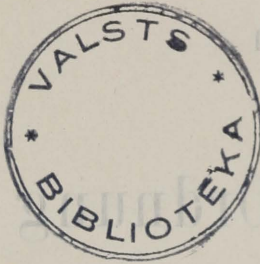
von

W. v. Güldenstubbe.



Verlag von E. J. Karow's Universitätsbuchhandlung
Dorpat und Fellin

1879.



Von der Censur gestattet. — Dorpat, den 11. September 1879.

1-26470184

ARTU ÜLIKOOLI

RAAMATUKOGU

Druck von Schnakenburgs litho- und typographischer Anstalt.

Der Entwurf der Landgemeinde-Ordnung sowie der Wohlfahrtsregeln v. J. 1866 wurde zunächst provisorisch auf eine Zeit von 6 Jahren in Wirksamkeit gesetzt, und zwar ausdrücklich „mit der Bedingung, dass der Generalgouverneur nach den gemachten Erfahrungen, vor Ablauf dieser Frist seine Erwägungen über die Resultate der Anwendung dieser Verordnung vorstelle, und alsdann erst die Verordnung mit denjenigen Abänderungen, welche sich nach den gemachten Erfahrungen als nützlich erwiesen, in der für legislative Sachen festgesetzten Ordnung zur definitiven Bestätigung vorgestellt werde“. Diese letztere „Bedingung“ erschien schon deshalb durchaus nothwendig, weil namentlich durch die Landgemeinde-Ordnung ein ausserordentlich grosser, fast sprunghafter Fortschritt in der Entwicklung der Bauergemeinden begründet und ihnen ein neues Verwaltungsrecht geschaffen wurde, denn die Ge-

meindeverhältnisse der Bauern, die bis dahin unter dem Einflusse, ja sogar noch unter einer Art Bevormundung von Seiten des Gutsherrn standen, wurden auf völlig selbstständigen Grundlagen organisirt. Daher stand zu befürchten, dass — wie auch die Erfahrung es nunmehr bewahrheitet hat — einzelne Verordnungen dieser Entwürfe einerseits den factischen Bedürfnissen des Landvolkes nicht genau angepasst wären und andererseits viele Bestimmungen durch die rasche Fortentwicklung der bauerlichen Verhältnisse bald ihre practische Bedeutung verlieren könnten, und deshalb erschien es so sehr wünschenswerth, dass nach Verlauf einiger Jahre eine Revision der Landgemeinde-Ordnung und der Wohlfahrtsregeln vorgenommen werde. Zu diesem Zwecke wurden auch in Folge der oben angeführten „Bedingung“ im Jahre 1872 die erforderlichen einleitenden Schritte gethan, sowie namentlich die Kirchspielsgerichte beauftragt, ihre Wünsche, bezüglich nothwendig gewordener Veränderungen und Ergänzungen, der Commission in Bauersachen zu unterlegen, und da schon damals viele Bestimmungen dieser Gesetzesentwürfe in hohem Grade reformbedürftig erschienen, so sah man zu der Zeit bereits erwartungsvoll einer baldigen Reform der Organisation sowie des Verwaltungsrechts der Landgemeinden entgegen. Doch leider hat sich bis jetzt diese Hoffnung noch nicht erfüllt, und die im Jahre 1866 versuchsweise auf 6 Jahre neueingeführte Landgemeinde-Ordnung ist, abgesehen von einigen

geringfügigen Abänderungen, bis auf den heutigen Tag, also circa 7 Jahre länger, als das Provisorium dauern sollte, in Kraft verblieben. In Folge dessen ist die Reform des Verwaltungsrechts der livländischen Bauern gegenwärtig zum dringenden Bedürfniss geworden, und um so mehr ist wohl mit allgemeiner Befriedigung die Mittheilung aufgenommen worden, wonach das Ministerium des Inneren beabsichtigt, die Landgemeinde-Ordnung und die Wohlfahrtsregeln v. J. 1866 einer Revision unterziehen zu lassen und die Commission für Bauersachen beauftragt worden ist, in Grundlage gewonnener Erfahrung auf etwaige wünschenswerthe Neuerungen aufmerksam zu machen, denn wer Gelegenheit gehabt hat sich eingehender mit diesen Fragen zu beschäftigen und die Folgen der einzelnen Bestimmungen genauer zu beobachten, der wird es auch wissen, wie ungünstig viele Verordnungen des gegenwärtigen Verwaltungsrechts auf die Entwicklung und das Aufblühen der Landgemeinden wirken.

Der Zweck der nachfolgenden Blätter ist daher, darauf hinzuweisen und an einzelnen durch die Erfahrung gesammelten Fällen und Beispielen darzuthun, wie sehr auf diesem Gebiete Reformen nothwendig und welche Neuerungen namentlich wünschenswerth erscheinen.

Es würde jedoch zu weit führen das ganze Verwaltungsrecht der livländischen Bauern in allen seinen

Einzelheiten hier zu besprechen und einer Kritik zu unterziehen, und es können daher nur einige hervorragende Mängel aus verschiedenen Gebieten hervorgehoben werden, die aber einschneidend genug sind, um an ihnen die Reformbedürftigkeit des Verwaltungsrechts zu erkennen.

I. Die volle Gemeinde-Versammlung und die Classen-Versammlungen.

„Die Gemeinde - Versammlung besteht“ in Grundlage § 6 der Landgemeinde - Ordnung „aus sämmtlichen zur Gemeinde gehörigen und selbstständigen Immobilien-Besitzern und den Pächtern solcher Gesinde, auf welchen Reallasten ruhen und die Privatpersonen, der Krone, den Städten oder verschiedenen Anstalten gehören, endlich aus Delegirten der zur Gemeinde gehörigen Hofs- und Wirthschafts-Knechte und der selbstständigen unansässigen Mitglieder (d. h. solcher, die in der Gemeinde kein Immobil im Eigenthumsbesitz oder Pachtbesitz haben), zu einem auf die Dauer einer Wahlperiode zu erwählenden Delegirten auf je zehn dergleichen volljährigen Personen.“ Hiernach, sowie in Anleitung § 8 Anmerkung 2 l c. wurde die Landgemeinde in 5 Classen getheilt, nämlich 1) der Grundeigenthümer, 2) der Pächter solcher Gesinde, auf welchen Reallasten ruhen, 3) der Hofsknechte, 4) der Wirthschaftsknechte und 5) der selbstständigen unansässigen Personen, von denen die 3 letzten Classen in Gemässheit des § 10 der Vollzugsinstructionen v. J. 1866 zur Wahl der Delegirten gesondert und successiv versammelt werden sollten. Auch kann jede dieser 5 Classen zu einer Classenversammlung „mit Genehmigung des Gemeindeältesten ausschliesslich

zur Berathung über die speciellen Bedürfnisse der betreffenden Classe convocirt werden; jedoch ist die gleichzeitige Zusammenberufung derselben verboten.“ Es machte sich nun wohl sofort der Mangel bemerkbar, dass die Pächter von schatzfreien Hofsländ-Gesinde, auf denen keine Reallasten ruhen, unberücksichtigt geblieben und somit von der Theilnahme an den Gemeinde-Versammlungen völlig ausgeschlossen waren, und daher erschien im Jahre 1867, sub No. 180, ein Patent, welches dazu bestimmt war, diesem Uebelstande abzuhelpfen, indem dasselbe noch eine 6. Classe schuf, die aus den „auf Hofsländ situirten Gesindeseigenthümern und Pächtern“ gebildet werden sollte.

Da nun aber auch dieses Patent einige offenbar reformbedürftige Bestimmungen enthält, so erscheint es erforderlich, dasselbe, soweit es hier in Betracht kommt, in seinem Wortlaut wiederzugeben, bevor zu einer Kritik der bestehenden Gemeindeversammlung geschritten werden kann. Das Patent lautet:

„Den Eigenthümern und Pächtern von Gesinden, auf denen Reallasten ruhen, werden die auf Hofsländ situirten Gesindeseigenthümer und Pächter unter folgenden Voraussetzungen gleichgestellt:

1) wenn die Pächter langjährige und zwar mindestens 6jährige Contracte besitzen;

2) wenn darüber, dass solche Gleichstellung statthaben soll eine freiwillige Vereinbarung zwischen der Guts- und Gemeindeverwaltung erzielt worden ist. Als Repräsentant der Gemeinde bei solchen Vereinbarungen ist gemäss § 11 Pkt. a. und k. der L.-G.-O. der Gemeindeausschuss anzusehen und ist demnach der gefasste Beschluss nach § 13 der L.-G.-O. in das Protocoll-Schnurbuch einzutragen.

Ferner heisst es in dem Patente: „die auf dem Hofesland situirten Gesindeseigenthümer und Pächter bilden, sofern sie als ansässige Gemeindeglieder den Gesindeseigenthümern und Pächtern auf Gehorchsland gleichgestellt worden sind, eine eigne Classe.“

Durch dieses Patent ist nun allerdings die Möglichkeit geschaffen worden, dass die auf dem Hofesland ansässigen Gemeindeglieder gleichfalls an den Gemeindeversammlungen theilnehmen, doch ist ihnen noch durchaus nicht ein gleiches Recht wie den Eigenthümern und Pächtern von Gehorchsland eingeräumt worden, denn das Patent bestimmt ausdrücklich, dass die Gleichstellung nur durch die „freiwillige Vereinbarung“ zwischen der Guts- und Gemeindeverwaltung erzielt werden kann. Demnach ist also nicht den Hofesland-Pächtern und Grundeigenthümern gesetzlich das Recht eingeräumt worden, an der Gemeindeversammlung sich zu betheiligen und eine besondere Classe zu bilden, sondern nur der Guts- und Gemeindeverwaltung gestattet worden, nach ihrem eigenen Ermessen, jene obige Berechtigung zu gewähren oder nicht. Ausserdem müssen sich die beiden genannten Verwaltungen hierüber „freiwillig“ geeinigt haben, d. h. mit andern Worten jeder derselben steht das Recht zu, diese „Gleichstellung“ zu verbieten und keine kann dieselbe gegen den Willen der andern Verwaltung durchsetzen, denn durch das Wort „freiwillige“ Vereinbarung ist jede Entscheidung der competenten Behörde in dieser Frage ausgeschlossen und Niemandem, weder der Guts- oder Gemeindeverwaltung, noch auch den Eigenthümern und Pächtern von Hofesland steht das Recht zu, gegen das Veto einer dieser Verwaltungen Beschwerde zu führen. Wenn man nun ferner bedenkt, dass „als Repräsentant der Gemeinde“ „bei solchen Vereinbarungen“ der Gemeinde-Ausschuss anzusehen, und dass die Hälfte

der Ausschusspersonen in Grundlage § 9 der Landgemeinde-Ordnung vom J. 1860 den Classen der Knechte und selbstständigen unansässigen Gemeindegliedern angehören muss, die stets bestrebt sind, ihren Einfluss in der Gemeinde gegenüber den ansässigen Mitgliedern zu erhöhen, so ist es leicht ersichtlich, dass in den meisten Fällen der Ausschuss sich gegen die in Frage stehende „Gleichstellung“ aussprechen wird, und die Eigenthümer und Pächter von Hofsländ-Gesinden bleiben von jeder Mitwirkung in Gemeinde-Sachen ausgeschlossen, da sie dann keine eigne Classe bilden und in keine der 5 übrigen Classen gehören.

Es ist durch dieses Patent somit den Gutsverwaltungen und dem Gemeinde-Ausschusse ein Recht eingeräumt worden, das vollständig den sonstigen Intentionen der Gemeinde-Ordnung zu widersprechen scheint, denn in ihre Macht und in ihren unbeschränkten Willen ist es gelegt worden, einen grossen und massgebenden Theil der Landgemeinde ohne irgend welche Begründung von jeder Betheiligung an der Verwaltung auszuschliessen, während sonst die mehrfach ausgesprochene Absicht der Landgemeinde-Ordnung vom J. 1866 dahin geht, allen Gliedern der Gemeinde eine Vertretung zu verschaffen. Aber auch abgesehen davon, dass es unthunlich erscheint, der Guts- und Gemeindeverwaltung ein so weitgehendes Recht einzuräumen, ist der Zweck dieser Bestimmung überhaupt nicht verständlich, denn gerade dieser Theil der Bevölkerung ist häufig ein sehr massgebender, da auf den meisten Gütern und namentlich in neuerer Zeit sehr viele und grosse Hofsländgesinde creirt und bereits von Gemeindegliedern eigenthümlich erworben sind, deren Besitzer wohl unzweifelhaft in der Landgemeinde dieselbe Stellung, wie die Eigenthümer von Gehorchsländ beanspruchen können. Es könnte hiergegen vielleicht eingewandt werden, dass ihre

Stellung der Landgemeinde und namentlich der Gemeindeverwaltung gegenüber insofern eine andere sei, als sie nicht unter der Gemeinde- sondern unter der Gutspolizei stehen. Wenn dieses auch in gewisser Beziehung eingeräumt werden muss, so kann doch der Umstand hier durchaus nicht in Betracht gezogen werden und ist jedenfalls für die Zurücksetzung der auf dem Hofsland ansässigen Personen nicht massgebend gewesen, denn die Intention der Landgemeinde-Ordnung ist offenbar, bei der Zusammensetzung der Gemeindeversammlung darin keinen Unterschied zu machen, ob die einzelne Person im Bezirke des Hof- oder Gehorchslandes wohnhaft ist, da doch durch § 6 derselben die Hofesknechte, die gleichfalls unter der Gutspolizei stehen, den Wirthsknechten gleichgestellt sind. Ebenso wenig kann es massgebend sein, dass das Hofsland von den Reallasten des Gehorchslandes befreit ist, denn vor die Gemeindeversammlung competiren überhaupt keine Fragen, welche Reallasten betreffen, vielmehr nur solche Angelegenheiten, welche für sämtliche Gemeinde-Angehörige von Interesse sind. Ausserdem ist durch das mehrerwähnte Patent den Eigenthümern von Hofsland erst das Recht der bedingungslosen Theilnahme an den Gemeindeversammlungen genommen worden, denn nach der L.-G.-O. vom Jahre 1866 sind offenbar dieselben gleichfalls zur Classe der Grundeigenthümer zu rechnen, da es daselbst heisst: „die Gemeindeversammlung besteht aus sämtlichen zur Gemeinde gehörigen volljährigen und selbstständigen Immobilien-Besitzern“ u. s. w., ohne dass irgend welche Beschränkung hinzugefügt wäre, und erst bei der 2. Classe ist es ausdrücklich gesagt worden, dass zu derselben nur Pächter solcher Gesinde, auf denen Reallasten ruhen, gezählt werden können. Auch scheint hierin durchaus keine redactionelle Ungenauigkeit vorzuliegen, denn einerseits ist es kaum denkbar, dass unter dem allgemeinen Aus-

druck „Immobilien“ nur Gehorchslandgesinde gemeint sein könnten, während doch gleich auf der folgenden Zeile bei den Pächtern der engere Ausdruck „Gesinde“ hierzu nicht genügte, sondern noch, um ein Missverständniß zu verhüten, eine genauere Erläuterung erforderlich erschien, und andererseits hat die Annahme, dass die Beschränkung auf das Gehorchsland nur für die Pächter gelten sollte, noch den Grund für sich, dass die Pachtcontracte über Gehorchsland in Grundlage § 119 der Livl. B.-V.-O. vom J. 1860 auf mindestens 6 Jahre abgeschlossen sein müssen, während beim Hofslan kein Minimum der Zeitdauer begründet ist, und somit die Hofslanpächter nicht in allen Fällen, wie etwa bei jährlichen Contracten, als völlig ansässig betrachtet werden könnten. Diesem Umstande ist nun durch das in Frage stehende Patent abgeholfen worden, indem dasselbe bestimmt hat, dass die Pächter von Hofslan gesinden nur dann als ansässige Gemeindeglieder betrachtet werden können, falls sie „mindestens 6jährige Contracte besitzen.“

Da nun durch das Obige wohl hinlänglich nachgewiesen worden, wie sehr es wünschenswerth erscheint, dass der Punkt 2 des Patents vom Jahre 1867 sub Nr. 180 aufgehoben werde, und demnach die auf dem Hofslan situirten Gesindeseigenthümer und Pächter, falls letztere mindestens sechsjährige Contracte besitzen, den Eigenthümern und Pächtern von Gehorchsland gesinden, bezüglich ihrer Theilnahme an den Gemeinde-Versammlungen, ipso jure gleich zustellen seien, ohne „solche Gleichstellung“ von dem Willen der Guts- und Gemeindeverwaltung abhängig zu machen, so wollen wir jetzt wieder zu der „vollen Gemeindeversammlung“ zurückkehren und zuerst ihre Zusammensetzung genauer betrachten.

Die Gemeindeversammlung besteht vor allen Dingen aus zwei Gruppen: ansässige und unansässige Gemeinde-

glieder, von denen die Ersteren Virilstimmen haben, die Letzteren dagegen durch Delegirte vertreten sind. Eine jede dieser beiden Gruppen zerfällt wieder in 3 Classen und zwar die erstere in die Classen der auf dem Gehorchsland situirten Grundeigenthümer, der Pächter von Gehorchsland-Gesinde und endlich der auf Hofsländ situirten Gesindeseigenthümer und Pächter, wenn letztere mindestens sechsjährige Contracte besitzen, und die zweite Gruppe in die Classen der Hofsknechte, der Wirthsknechte und der unansässigen selbstständigen Personen.

Bevor wir uns nun den einzelnen Classen zuwenden und den Zweck obiger Classificirung genauer betrachten, wollen wir zuerst untersuchen, ob das gesetzlich begründete Verhältniss der auf der Gemeindeversammlung viriliter vertretenen Gesindeswirthe zu den Delegirten der unansässigen Personen ein den Cömpetenzen der Gemeindeverwaltung angemessenes ist und sich dem Wohle der Landgemeinde günstig erwiesen hat.

Zu diesem Zwecke wären nun vor allen Dingen die Cömpetenzen der Gemeindeversammlung, sowie das factische Verhältniss der Vertreter dieser ländlichen Bevölkerungsgruppen auf derselben festzustellen.

In Grundlage § 8 d. L.-G.-O. vom J. 1866 werden auf der Gemeindeversammlung zunächst die Gemeinde-Beamten und die Ausschusspersonen gewählt und ansserdem steht derselben nur noch das Recht zu, darüber einen Beschluss zu fassen, „ob ein bestraftes Gemeindeglied der Regierung zur Disposition zu stellen ist“, während gemäss § 11 Pkt. k. l. c. in allen andern Fällen, „wo nach dem allgemeinen Gesetz oder nach der Bauerverordnung oder zufolge besonderer Anordnung der Staatsregierung die Zustimmung oder Beschlussfassung der ganzen Gemeinde erforderlich wird“ die Entscheidung dem Gemeinde-Ausschusse obliegt.

Bei allen diesen der Competenz der Gemeindeversammlung unterliegenden Fragen sind die Wirthe zunächst schon persönlich viel mehr interessirt, als die Unansässigen, denn sie haben ihren Wohnsitz bleibend in der Gemeinde und leiden daher unter den Folgen einer ungünstigen Wahl der Gemeindebeamten, unter deren Jurisdiction sie während eines ganzen Trienniums verbleiben müssen, ungleich mehr als der unansässige Theil der Bevölkerung, der jederzeit die Gemeinde verlassen, und sich auch aus derselben ausschreiben lassen kann, um sich z. B. einer ungerechten und parteiischen Justiz oder einer willkürlichen Gemeindeverwaltung zu entziehen. Noch deutlicher tritt dieser Umstand bei der Entfernung eines lasterhaften oder schädlichen Gemeindegliedes hervor, denn hier sind es fast ausschliesslich die Wirthe, die durch ein solches Individuum zu leiden haben, sei es nun durch wiederholte Diebstähle, oder durch den bösen Einfluss, den dasselbe auch auf andere Personen, namentlich auf die Knechte, ausübt, während sich die unansässigen Gemeindeglieder diesen schädlichen Wirkungen nicht nur durch Verlassen der Gemeinde entziehen können, sondern auch wegen ihres geringeren Vermögens denselben weit weniger ausgesetzt sind. Daher werden die Ersteren schon wegen ihres grösseren persönlichen Interesses stets mehr darauf bedacht sein, einerseits bei der Wahl der Beamten auf die Tüchtigkeit der einzelnen Persönlichkeiten zu sehen und andererseits die Gemeinde von den schädlichen Elementen zu säubern, so namentlich wiederholt bestrafte Pferdediebe nicht wieder aufzunehmen, sondern der Regierung zur Disposition zu stellen, während die Unansässigen sich bei allen diesen Fragen leider allzu sehr durch die häufig in hohem Grade schädliche Agitation beeinflussen lassen, weil ihnen persönlich verhältnissmässig wenig am Ausgange der vorliegenden Entscheidung gelegen

ist. Dazu kommt noch, dass die Interessen der Wirthes wegen ihrer Ansässigkeit bedeutend enger, als die der Unansässigen mit denen der Gemeinde in Zusammenhang stehen, — wie später bei Besprechung des Gemeinde-Ausschusses als der hauptsächlichsten Vertretung der Gemeinde nachgewiesen werden wird — und dieselben daher auch bei allen Angelegenheiten ausserdem stets das Wohl der Gemeinde im Auge haben werden. Schliesslich haben die Wirthes unzweifelhaft die grössere Personalkenntniss, was bei den Wahlen jedenfalls von hoher Bedeutung ist, und namentlich bei der Besetzung der wichtigsten Aemter, des Gemeindeältesten, der Vorsteher und der Gemeindegerichts-Vorsitzer, dürfte dieser Umstand Ausschlag gebend sein, da zu denselben gesetzlich nur Grundeigenthümer und Pächter gewählt werden dürfen, alle Wirthes aber meistens nur einem geringen Theile der Unansässigen persönlich bekannt sind, während sie sich untereinander wohl stets ausnahmslos verhältnissmässig genau kennen.

Aus dem Gesagten geht nun wohl unstreitig hervor, dass es durchaus wünschenswerth erscheint, den Wirthen auf der Gemeindeversammlung die Majorität zu sichern, und ist dieser Zweck auch durch die gesetzliche Abstimmung, wonach jeder derselben eine Virilstimme hat, während je 10 Unansässige durch einen Delegirten vertreten sind, im Ganzen erreicht worden, denn in Folge dessen machen in allen Gemeinden, wo keine besonderen Umstände, wie z. B. eine frühere Rekrutencasse oder besonders geringe Abgaben das Verhältniss verschoben haben, die Wirthes $\frac{2}{3}$ bis $\frac{3}{4}$ der ganzen Bevölkerung aus. Doch gerade in Folge dieser besonderen Umstände haben sich zu einigen und namentlich zu den kleineren Gemeinden so viele unansässige Gemeindeglieder anschreiben lassen, dass die Delegirten auf der Gemeindeversammlung die Majorität haben mussten, so gehören z. B. zu der Gemeinde

M. 15 Grundeigenthümer und Pächter und 170 unansässige Gemeindeglieder, wonach die Gemeindeversammlung aus 15 viriliter vertretenen Wirthen und 17 Delegirten gebildet werden muss.

Um nun ein solches Missverhältniss zu verhüten und die Gemeinden vor den schlimmen Folgen einer aus den Delegirten der unansässigen Personen gebildeten Majorität zu schützen, erscheint es daher wünschenswerth, dass dem bestehenden Gesetze eine Bestimmung hinzugefügt werde, wonach die Zahl der Delegirten nicht mehr als ein Drittel der vollen Gemeinde-Versammlung ausmachen darf.

Wenn wir nun diese Eintheilung der Gemeindeglieder in die oben erwähnten 6 Classen betrachten, so werden wir finden, dass diese Classificirung allerdings in vieler Beziehung einfacher als die bis zum Jahre 1866 geltende ist, immerhin erscheint sie noch äusserst complicirt und wirkt häufig sehr hindernd auf den Gang der Verwaltungs-Angelegenheiten und namentlich der Wahlen, wie später nachgewiesen werden wird. Es drängt sich daher die Frage auf, ob diese Eintheilung sich nicht noch vereinfachen liesse, ohne dass die Sonderinteressen der einzelnen Gemeindeglieder geschädigt werden, und zu diesem Zwecke wäre danach zu untersuchen, worin diese Sonderinteressen bestehen und in wie weit sie auf der Gemeindeversammlung und namentlich in den Classenversammlungen vertreten werden können.

Wir haben gesehen, dass die Gemeinde vor allen Dingen in zwei Gruppen zerfällt, in die Gruppe der ansässigen und der unansässigen Gemeindeglieder und Jeder, der auch nur einigermaßen mit unseren ländlichen Verhältnissen vertraut ist, weiss, dass diese die naturgemässe Haupteintheilung ist,

denn die Ersteren repräsentiren vornehmlich den Grund und Boden und jetzt auch schon das Capital und die Bildung in der Gemeinde, die Letzteren dagegen die Arbeit und dem entsprechend sind auch ihre Interessen verschiedene: Bei den Unansässigen concentrirt sich das Interesse hauptsächlich auf ihre individuelle Existenzfrage, d. h. auf den Lohn und die persönlichen Abgaben, während für die Ansässigen ausserdem vornehmlich alle Angelegenheiten, die sich auf den Grund und Boden beziehen, wie z. B. die Fragen, welche die Landwirthschaft betreffen, von hoher Bedeutung sind.

Diese wesentlichste und naturgemässeste Eintheilung der Gemeinde in die oben besprochenen 2 Gruppen ist leider nur beim Gemeinde-Ausschusse zur Geltung gekommen, indem die eine Hälfte der Ausschusspersonen aus den ansässigen und die andere Hälfte aus den unansässigen Gemeindegliedern gewählt werden muss, ganz unabhängig davon, zu welcher Classe dieselben gehören. Die so sehr verschiedenen Sonderinteressen der beiden Gruppen haben aber nirgends Berücksichtigung gefunden, denn es giebt nur Classenversammlungen, die „ausschliesslich zur Berathung über die speciellen Bedürfnisse und Interessen der betreffenden Classe convocirt werden können“ und keine Versammlung der ansässigen resp. unansässigen Gemeindeglieder; ja es ist sogar die Möglichkeit ausgeschlossen, dass die einzelnen Classen der einen oder der anderen Gruppe zur gemeinsamen Berathung ihrer gemeinsamen „speciellen Bedürfnisse und Interessen“ zusammentreten, denn durch die Anmerkung 2 zum § 8 d. L.-G.-O. v. J. 1866 „ist die gleichzeitige Zusammenberufung derselben verboten“.

Der Zweck dieser Eintheilung der Landbevölkerung ist unzweifelhaft der gewesen, dass die Interessen einer jeden Person auf der Gemeindeversammlung vertreten werden und dass die einzelnen Classen über ihre speciellen Bedürfnisse

sich auf den Classenversammlungen berathen können, doch wäre diese Trennung der beiden Gruppen wieder in je 3 Classen und die strenge Auseinanderhaltung derselben offenbar nur dann begründet, wenn

1) auf der Gemeindeversammlung die Sonderinteressen jeder einzelnen Classe zur Geltung gebracht werden könnten und daher einer besonderen Vertretung bedürften, und wenn

2) die Fragen, welche auf den Classenversammlungen zum Gegenstand der Berathung gemacht werden können, jedes Mal nur „die speciellen Bedürfnisse und Interessen“ einer einzelnen Classe betreffen und niemals gemeinsames Interesse für alle 3 Classen hätten.

Für die Gemeindeversammlung hat nun jedenfalls die Theilung der Wirthe in 3 Classen gar keinen Zweck, da dieselben ja sämmtlich Virilstimmen haben und somit alle persönlich vertreten sind. Demnach kann hier nur untersucht werden, ob und in wie weit die Classificirung der Unansässigen begründet ist. Die Landgemeinde-Ordnung scheint offenbar von der Voraussetzung ausgegangen zu sein, dass auch auf der Gemeindeversammlung eine jede dieser 3 Classen ihre speciellen Interessen zu vertreten hat und daher auch besonderer Vertreter bedarf, denn in Grundlage § 10 und 11 der Vollzugs-Instructionen v. J. 1866 müssen dieselben gesondert ihre Delegirten wählen und selbst wenn die Classe nicht einmal 10 Glieder hat, muss sie doch einen Delegirten auf die Gemeindeversammlung entsenden, „da keine dieser Classen, sofern sie in der Gemeinde vorhanden, in der Wahlversammlung unvertreten bleiben darf“.

Erwägt man aber nun die Competenzen der Gemeindeversammlung, so wird man finden, dass die etwaigen Sonder-

interessen der einzelnen Classe daselbst gar nicht zur Geltung gebracht werden können, denn diese Versammlung hat — wie bereits oben gezeigt — nur die Gemeindebeamten zu wählen und über den Ausschluss eines bestraften oder schädlichen Individuums einen Beschluss zu fassen.

Bei den Wahlen bedarf es aber höchstens einer Vertretung der beiden Bevölkerungsgruppen, d. h. der Wirthe und der Unansässigen, weil ein Theil der Beamten, nämlich der Gemeindeälteste, der Vorsteher und der Gemeindegerichts-Vorsitzer, sowie die eine Hälfte der Ausschusspersonen den Ersteren und die andere Hälfte der Ausschussglieder den Letzteren angehören muss, somit auch bei der einen oder andern Gruppe eine grössere Personalkennntniss vorausgesetzt werden könnte. Wie aber die speciellen Interessen jeder einzelnen Classe der Unansässigen zur Geltung gebracht werden könnten, ist nicht ersichtlich, denn selbst bei der Wahl der Ausschusspersonen kommt es gar nicht darauf an, ob sie Hofs- oder Wirthsknechte oder selbständige unansässige Personen sind, da vor die Ausschussversammlung keine Sonderinteressen der einzelnen Classen, sondern nur Angelegenheiten der ganzen Gemeinde competiren, und daher auch auf dieselbe nicht die in Rede stehende Classificirung, sondern nur die Eintheilung in 2 Gruppen Anwendung gefunden hat. Dass aber beim Ausschluss eines schädlichen Gemeindegliedes keine Sonderinteressen zur Geltung gebracht werden können und sollen, diese Frage vielmehr alle Unansässigen ohne Unterschied berührt, ist wohl gleichfalls zweifellos, und demnach wäre die Eintheilung der beiden Bevölkerungsgruppen in je 3 Classen für die Gemeindeverwaltung wohl in jeder Beziehung ohne Bedeutung.

Doch es sind nicht nur keine Vortheile, sondern noch bedeutende Nachtheile mit dieser Classificirung in Bezug auf

die Gemeindeversammlung verbunden, denn einerseits ist die Wahl der Delegirten eine sehr zeitraubende, da die einzelnen Classen nicht gleichzeitig, sondern nur successive zusammenberufen werden können, und andererseits wirkt namentlich die oft schwierige Frage, zu welcher Classe die einzelne Person zu rechnen sei, häufig äusserst hemmend auf den Gang der Angelegenheiten und vorzüglich auf die Wahlen der Gemeindebeamten. So wurde z. B. die Wahl des Gemeindeältesten und der Vorsteher der S seten Gemeinde angefochten, weil angeblich bei der Delegirten-Wahl der Fehler vorgefallen war, dass ein Schmied, der gleichzeitig in gewisser Beziehung in einem Dienstverhältniss zu einem Wirthe stand, zum Delegirten der Classe der Wirthsknechte gewählt worden war, während er nach Ansicht der Kläger zu den selbständigen unansässigen Personen gehören sollte. Dieser Rechtsstreit wurde sodann durch alle Instanzen prosequirt und die erwählten Gemeindebeamten mussten so lange unbestätigt bleiben und konnten ihr Amt nicht antreten, bis nach Verlauf eines halben Jahres die Beschwerdeführer allendlich abgewiesen wurden.

Da nun nach Obigem die Eintheilung der Gemeindeglieder in 6 Classen für die Zusammensetzung der Gemeindeversammlung bezüglich der Wirthe gar keine Geltung hat, für die Unansässigen aber nicht nur zwecklos ist, sondern noch auf den Gang der Angelegenheiten hindernd wirkt, und eine Theilung in zwei Classen, nämlich die der Wirthe und der Nichtwirthe, welcher Ausdruck aus später zu erörternden Gründen der Benennung „Unansässige“ vorzuziehen ist — genügend erscheint, so bliebe noch zu untersuchen, in wie weit die gegenwärtige Classificirung für die Classenversammlungen nothwendig sei.

Um nun beurtheilen zu können, ob die Theilung der beiden Gruppen, d. h. der Wirthe und der Nichtwirthe, in je 3 streng gesonderte Classen für die Classenversammlungen nothwendig oder auch nur von einiger Bedeutung ist, müssen wir untersuchen, in wie weit jede einzelne dieser 6 Classen ihre Sonderinteressen hat, die auf diesen Versammlungen berathen werden können oder ob diese Fragen nicht meistens das gemeinsame Interesse einer ganzen Gruppe in Anspruch nehmen.

Zu diesem Zwecke wollen wir uns zuerst den ansässigen Gemeindegliedern oder den Wirthen zuwenden und zwar den Classen der auf dem Gehorchslande situirten Grundeigenthümer, der Pächter von Gehorchsland und den auf dem Hofslande situirten Gesindeseigenthümern und -Pächtern. Vor allen Dingen zerfällt nun diese Gruppe in zwei Theile, nämlich in Personen, die auf dem Gehorchslande und die auf dem Hofslande ansässig sind, und es wird gleich auffallen, dass die Ersteren in 2 Classen zerfallen, während bei den Letzteren diese Trennung nicht stattfindet. Auch hierfür könnte nur der Grund massgebend gewesen sein, dass bei den Ersteren die Interessen der Grundeigenthümer einerseits und der Pächter andererseits verschiedene, bei Letzteren dagegen gemeinsame sind.

Zur richtigen Beurtheilung aller dieser für die bestehende Classificirung massgebenden Fragen müssen wir zunächst die gemeinsamen und speciellen Interessen der einzelnen Bevölkerungsklassen einer genauen Betrachtung unterziehen und dann untersuchen, ob sie zum Gegenstande der Berathung gemacht werden können.

Das hervorragendste Interesse der bäuerlichen Landwirthe beansprucht nun unzweifelhaft die Landwirtschaft und dieses ist gemeinsam für alle 3 Classen der ansässigen

Gemeindeglieder, mögen sie nun Grundeigenthümer oder Pächter, auf Gehorchsland oder Hofsländ situiert sein, denn alle diese Personen haben ihre ganze Existenz auf den Landbau gegründet, und wenn dieses auch in erhöhtem Masse für die Grundeigenthümer gilt, so ist doch auch für die Pächter kaum eine Frage namhaft zu machen, die sie näher berührt, als die landwirthschaftliche, und es liegt jedenfalls kein Grund vor, dieselben von diesen Berathungen auszuschliessen. Auch erscheinen alle Fragen, welche die Landwirthschaft betreffen, als die geeignetsten und empfehlenswerthesten zur Berathung der Wirthe, denn der Ackerbau bei den Bauern leidet gerade an dem Mangel eines einheitlichen Zusammenwirkens, weshalb z. B. viele nothwendige Entwässerungen nicht ausgeführt werden können, und auf die Landwirthschaft gründet sich doch die ganze Zukunft des Landvolkes. Ferner könnte dem jährlich sich vergrössernden Schaden durch Feuersbrünste auf dem Lande wohl auch nur dadurch gesteuert werden, dass die Wirthe sich über diese Frage berathen und gemeinsame Schritte dagegen thun, wie z. B. durch Anschaffung einiger wirksamen Feuerspritzen in der Gemeinde, denn der in Nr. 182 der „Neuen Dörptschen Zeitung“ unter der Chiffre —o ausgesprochenen Ansicht, wonach es „nur eines Federzuges von Seiten der diesbezüglichen competenten Behörde“ bedürfe, damit „jede Gemeinde sich ohne fühlbare Opfer guter Spritzen zu erfreuen“ habe, weil hierzu die Gelder der Gebietslade zu verwenden wären, kann wohl unmöglich beigeppflichtet werden, denn die Gelder der Gebietslade sind eben Eigenthum der ganzen Gemeinde und dürfen nicht ausschliesslich zum Besten eines Theiles derselben, d. h. der Hausbesitzer oder derjenigen Pächter, die etwa contractlich den durch das Feuer erlittenen Schaden zu tragen haben — verwandt werden, und noch weniger ist es ersichtlich, welche

denn eigentlich „die diesbezüglich competente Behörde“ sein könnte, der das Recht zusteht, durch „einen Federzug“ derart über das Gemeindevermögen zu verfügen. Gleichermassen erscheint auch der daselbst den Delegirten der Besitzlosen und sogar den Gemeindeschreibern gemachte Vorwurf völlig unbegründet, denn der Gemeindeausschuss ist überhaupt gar nicht berechtigt, die Anschaffung von Feuerspritzen zu beschliessen oder anzuordnen, da dieselbe in Grundlage § 11 Pkt. f d. L.-G.-O. v. J. 1866 nur Beiträge festsetzen kann, die „nach Seelen alle Gemeinde-Angehörigen umfassen“ müssen, den „Besitzlosen“ aber doch unmöglich eine Zahlung zu einem Zwecke auferlegt werden darf, der für sie von gar keiner Bedeutung ist. Daher kann auch den Feuerschäden nur dadurch gesteuert werden, dass die Wirthe selbst zu ihrem eigenen Besten die Anschaffung wirksamer Spritzen beschliessen, doch müsste denselben hierzu, sowie in Betreff der landwirthschaftlichen Fragen die Möglichkeit gewährt werden, zu einer gemeinsamen Berathung zusammenzutreten, und erscheint daher die Trennung und das strenge Auseinanderhalten dieser Classen bezüglich dieser beiden höchst wichtigen Angelegenheiten durchaus unzweckmässig. Aehnlich verhält es sich mit vielen anderen Fragen, wie z. B. mit der Anstellung von Nachtwächtern, mit der in vielen Gemeinden üblichen Hilfe beim Aufbau verfallener oder niedergebrannter Häuser.

Nächst diesem gemeinsamen Interesse bildet die Vertheilung der Reallasten und namentlich der Wegebaulast, soweit solche nicht gesetzlich fixirt ist, jedenfalls eine äusserst wichtige Frage, die nicht für alle 3 Classen gemeinsam, sondern nur für die Grundeigenthümer und Pächter von Gehorchsland von „speciellem Interesse“ sein kann, da das Hofesland von diesen Reallasten befreit ist. Es könnte demnach auf

Gemeindeglieder, mögen sie nun Grundeigenthümer oder Pächter, auf Gehorchsland oder Hofsländ situiert sein, denn alle diese Personen haben ihre ganze Existenz auf den Landbau gegründet, und wenn dieses auch in erhöhtem Masse für die Grundeigenthümer gilt, so ist doch auch für die Pächter kaum eine Frage namhaft zu machen, die sie näher berührt, als die landwirthschaftliche, und es liegt jedenfalls kein Grund vor, dieselben von diesen Berathungen auszuschliessen. Auch erscheinen alle Fragen, welche die Landwirthschaft betreffen, als die geeignetsten und empfehlenswerthesten zur Berathung der Wirthe, denn der Ackerbau bei den Bauern leidet gerade an dem Mangel eines einheitlichen Zusammenwirkens, weshalb z. B. viele nothwendige Entwässerungen nicht ausgeführt werden können, und auf die Landwirthschaft gründet sich doch die ganze Zukunft des Landvolkes. Ferner könnte dem jährlich sich vergrößernden Schaden durch Feuersbrünste auf dem Lande wohl auch nur dadurch gesteuert werden, dass die Wirthe sich über diese Frage berathen und gemeinsame Schritte dagegen thun, wie z. B. durch Anschaffung einiger wirksamen Feuerspritzen in der Gemeinde, denn der in Nr. 182 der „Neuen Dörptschen Zeitung“ unter der Chiffre —o ausgesprochenen Ansicht, wonach es „nur eines Federzuges von Seiten der diesbezüglichen competenten Behörde“ bedürfe, damit „jede Gemeinde sich ohne fühlbare Opfer guter Spritzen zu erfreuen“ habe, weil hierzu die Gelder der Gebietslade zu verwenden wären, kann wohl unmöglich beigeppflichtet werden, denn die Gelder der Gebietslade sind eben Eigenthum der ganzen Gemeinde und dürfen nicht ausschliesslich zum Besten eines Theiles derselben, d. h. der Hausbesitzer oder derjenigen Pächter, die etwa contractlich den durch das Feuer erlittenen Schaden zu tragen haben — verwandt werden, und noch weniger ist es ersichtlich, welche

denn eigentlich „die diesbezüglich competente Behörde“ sein könnte, der das Recht zusteht, durch „einen Federzug“ derart über das Gemeindevermögen zu verfügen. Gleichermassen erscheint auch der daselbst den Delegirten der Besitzlosen und sogar den Gemeindeschreibern gemachte Vorwurf völlig unbegründet, denn der Gemeindeausschuss ist überhaupt gar nicht berechtigt, die Anschaffung von Feuerspritzen zu beschliessen oder anzuordnen, da dieselbe in Grundlage § 11 Pkt. f d. L.-G.-O. v. J. 1866 nur Beiträge festsetzen kann, die „nach Seelen alle Gemeinde-Angehörigen umfassen“ müssen, den „Besitzlosen“ aber doch unmöglich eine Zahlung zu einem Zwecke auferlegt werden darf, der für sie von gar keiner Bedeutung ist. Daher kann auch den Feuerschäuden nur dadurch gesteuert werden, dass die Wirthe selbst zu ihrem eigenen Besten die Anschaffung wirksamer Spritzen beschliessen, doch müsste denselben hierzu, sowie in Betreff der landwirthschaftlichen Fragen die Möglichkeit gewährt werden, zu einer gemeinsamen Berathung zusammenzutreten, und erscheint daher die Trennung und das strenge Auseinanderhalten dieser Classen bezüglich dieser beiden höchst wichtigen Angelegenheiten durchaus unzweckmässig. Aehnlich verhält es sich mit vielen anderen Fragen, wie z. B. mit der Anstellung von Nachtwächtern, mit der in vielen Gemeinden üblichen Hilfe beim Aufbau verfallener oder niedergebrannter Häuser.

Nächst diesem gemeinsamen Interesse bildet die Vertheilung der Reallasten und namentlich der Wegebaulast, soweit solche nicht gesetzlich fixirt ist, jedenfalls eine äusserst wichtige Frage, die nicht für alle 3 Classen gemeinsam, sondern nur für die Grundeigenthümer und Pächter von Gehorchsland von „speciellem Interesse“ sein kann, da das Hofesland von diesen Reallasten befreit ist. Es könnte demnach auf

den ersten Blick scheinen, dass hierdurch eine Theilung der Wirthe in solche, die auf Gehorchsland und solche, die auf Hofsländ situiert sind, begründet sei, doch kann diese Angelegenheit hier gar nicht in Betracht kommen, da gemäss einer massgebenden Entscheidung die Vertheilung der Wegebaulast nicht vor die Classenversammlungen, sondern vor die volle Ausschussversammlung competirt, wie Solches bei Besprechung der letztgenannten Versammlung im Folgenden genauer darge-
gethan wird.

„Specielle Bedürfnisse und Interessen,“ die nur die eine oder die andere und nicht alle 3 Classen der Wirthe betreffen und die doch gleichzeitig Gegenstand der Berathung sein können, giebt es wohl überhaupt nicht, und es ist auch gar nicht denkbar, dass z. B. die Eigenthümer von Hofsländ und Gehorchslandgesindten ausser den Fragen, die Reallasten betreffen, noch irgend welche gesonderte Interessen haben.

Wenn nun nach dem eben Besprochenen auch für die Classenversammlungen eine Vereinigung der 3 bestehenden Classen der Wirthe durchaus wünschenswerth ist, so erscheint die Theilung der unansässigen Gemeindeglieder in Hofsländ- und Wirthsknechte, sowie in selbstständige unansässige Personen völlig zwecklos, da hier wohl überhaupt keine „speciellen Interessen“ der einzelnen Classen vorliegen, die zum Gegenstand einer Berathung auf den Classenversammlungen gemacht werden können. Es werden sich nämlich die Sonderinteressen der Knechte, ohne Unterschied, ob es Hofsländ- oder Wirthsknechte sind, meistens nur auf Lohn und Arbeit beziehen, und es darf ihnen doch unmöglich das Recht eingeräumt werden, über diese Fragen auf den Classenversammlungen zu berathen, weil es allzu leicht zur Strike führen könnte, wenn etwa einige unruhige und unzufriedene Personen die Mehrzahl der Knechte zur Ansicht verleiten, dass der Lohn

ein zu geringer im Verhältniss zur geforderten Arbeit wäre. Dagegen sind wiederum in der Classe der selbstständigen unansässigen Gemeindeglieder die verschiedenartigsten Interessen vertreten, die aber niemals für die ganze Classe gemeinsam sein können, weil dieselben aus zu sehr verschiedenen Elementen zusammengesetzt ist, denn es ist wohl kaum denkbar, dass z. B. ein Bauer-Kaufmann und ein Schneider, ein Lostreiber und ein Schmied an irgend einer Frage, die zur Berathung der Classenversammlung kommen könnte, gemeinsames Interesse hätten. Aus diesen Gründen haben auch niemals oder doch nur äusserst selten — selbstverständlich ausser zu den Wahlen der Delegirten — Classenversammlungen der unansässigen Gemeindeglieder stattgefunden.

Da nun demnach die Eintheilung der Landgemeinden in 6 Classen sowohl für die volle Gemeindeversammlung als auch für die Classenversammlungen nicht nur zwecklos, sondern in vieler Beziehung störend, und eine Theilung in 2 Classen entsprechend den mehrerwähnten beiden Hauptgruppen, in jeder Hinsicht völlig genügend erscheint, so wäre es wohl sehr wünschenswerth, dass bei Aufhebung der gegenwärtigen Classificirung, die Landgemeinde in 2 Classen, in die der Wirthe und der Nichtwirthe getheilt werde, von denen auf der Gemeindeversammlung die ersten Virilstimmen haben, und die letzteren durch Delegirte vertreten sind. Die Bezeichnung „Wirthe und Nichtwirthe“ scheint daher empfehlenswerther als „ansässige und nicht ansässige Gemeindeglieder,“ weil nicht immer die Ansässigkeit das Entscheidende für die Zugehörigkeit zur ersten Classe ist, denn z. B. die Lostreiber, denen in Grundlage § 556 u. ff. der Livl. B.-V.-O. vom J. 1860 die lebenslängliche Nutzung eines Landstückes zusteht, gehören zur zwei-

ten Classe und können doch unmöglich „unansässig“ genannt werden. Unter „Wirth“ ist dagegen jeder Eigenthümer und Pächter eines Gesindes zu verstehen und nur solche wären zur ersten Classe zu zählen und könnten das Recht einer Virilstimme auf den Gemeindeversammlungen beanspruchen. Zur zweiten Classe würden dann alle Gemeindeglieder gehören, die „nicht Wirthe“ sind. Es bliebe nur noch festzustellen was unter dem Ausdrucke „Gesinde“ zu verstehen sei, da weder die Landgemeinde-Ordnung, noch auch das zu Anfang besprochene Patent vom J. 1867 das Wort definirt hat, und dadurch die Ungewissheit entstanden ist, ob als solche nur wackenbuchmässige Gesinde, oder Grundstücke von einem bestimmten Thalerwerth betrachtet werden können, oder ob endlich überhaupt jedem Grundeigenthümer und Pächter auf der Gemeindeversammlung eine Virilstimme einzuräumen sei. Nach dem Wortlaut des Gesetzes muss wohl das Letztere angenommen werden, denn in Grundlage §§ 6 u. 8 der L.-G.-O. vom J. 1866 gehören zur ersten Classe alle „Immobilienbesitzer“ resp. „Grundeigenthümer“, während nach dem mehrerwähnten Patent v. J. 1867 die „Gesindes-Eigenthümer“ von Hofs- und Gehorchsland einander in dieser Beziehung unter gewissen Voraussetzungen gleichgestellt werden, ohne dass durch das Wort „Gesinde“ die Zugehörigkeit der Letzteren zur ersten Classe irgend wie eingeschränkt werden sollte, da daselbst nur von der Begründung einer 6. Classe die Rede ist. Aehnlich verhält es sich mit den Pächtern, denn durch § 6 der L.-G.-O. vom J. 1866 ist festgesetzt, dass die Pächter solcher „Gesinde“, auf denen Reallasten ruhen, Virilstimmen haben, während im § 8 l. c. kurzweg angegeben ist, dass die „Pächter“ — ohne den Zusatz „von Gesinden“ — zur 2. Classe gehören, woraus hervorzugehen scheint, dass das Wort „Gesinde“ nur dann gebraucht ist, wenn

das Pachtobject noch durch einen erläuternden Satz oder Ausdruck, wie Hofs- oder Gehorchsland, präcisirt werden sollte, und dasselbe überhaupt als gleichbedeutend mit „Landstelle“ aufzufassen ist.

Hieraus würde sich aber ergeben, dass die Eigenthümer eines noch so kleinen Grundstückes, etwa einer halben Loofstelle Landes, wie solches auf Hofsländ und namentlich in Hakelwerken, nicht selten vorkommt, gleichfalls viriliter auf der Gemeindeversammlung vertreten wären, wodurch häufig die Bewohner der Hakelwerke und auf den parcellirten Kronsgütern die Pächter kleiner Parcellen nicht nur auf der Gemeindeversammlung und im Ausschusse die Majorität erlangen, sondern auch den Gemeindeältesten, die Vorsteher und den Gemeindegerrichtsvorsitzer aus ihrer Mitte wählen könnten.

Dadurch würde aber der wahre Wille der Gemeinde gar nicht zum Ausdruck kommen und die wichtigsten Gemeindeämter häufig in ungeeignete Hände übergehen, denn die Bewohner eines Hakelwerkes werden meistens ein sehr geringes Verständniss für die Interessen der Landgemeinde haben und die Parcellenpächter auf den Kronsgütern sind leider häufig durchaus nicht zuverlässige Leute, so dass durch eine derartige Majorität die Gemeinde wohl in die äusserste Gefahr gebracht werden könnte. Die Eingangs genauer besprochene Bestimmung, wonach die Eigenthümer und Pächter von Hofsländgesinden nur dann die Rechte der übrigen Wirthe haben sollen, falls die Gemeinde- und Gutsverwaltung sich hierüber freiwillig geeinigt hätten, hat wohl zur Voraussetzung gehabt, dass diese Gleichstellung bloss in Betreff der grösseren Landstellen und nur dann eingeräumt werde, wenn daraus keine Gefahr für die Gemeinde erwachsen könnte. Doch auch abgesehen von den bereits angeführten Gründen für die Unzweckmässigkeit dieser Verordnung hat sich nicht einmal diese

Voraussetzung bewahrheitet, denn während häufig sehr bedeutenden Hoflandgesinden dieses Recht nicht eingeräumt worden, sind auf vielen Kronsgütern die Pächter ganz kleiner Parcellen den übrigen Wirthen gleichgestellt, so sind z. B. auf dem Kronsgute S . . . von 118 viriliter vertretenen Wirthen 53, also fast die Hälfte, Pächter kleiner Hoflandparcellen, und in vielen Gemeinden wird sich das Verhältniss gewiss noch ungünstiger stellen. Daher erscheint es nun jedenfalls wünschenswerth, dass der Begriff „Gesinde“ genau fixirt und zu dem Zwecke festgesetzt werde, wie viel Thaler Landes im Eigenthums- oder Pachtbesitz einer Person sich befinden müsse, damit dieselbe als „Wirth“ zur 1. Classe gehören und ihr auf der Gemeindeversammlung eine Virilstimme eingeräumt werden könne, denn solches nur davon abhängig zu machen, ob das Grundstück ein wackenbuchmässiges Gesinde ist oder nicht, erscheint aus dem Grunde unzweckmässig weil viele recht bedeutende durch spätere Abtheilung entstandene Gesinde, im Wackenbuche fehlen, während häufig Hoflandgrundstücke von 4 oder noch weniger Thalern daselbst verzeichnet stehen. Was nun den zu fixirenden Minimalwerth eines Gesindes betrifft, dessen Eigenthümer oder Pächter als „Wirth“ zu betrachten wäre, so erscheinen 10 Thaler aus dem Grunde empfehlenswerth, weil das Minimum für ein Gehorchsland-Grundstück abgesehen von den wenigen vor Promulgirung der Bauerverordnung v. J. 1860 gegründeten kleineren Landstellen, gleichfalls so viel beträgt, und es daher billig erscheint, für das Hofland denselben Werth festzusetzen, um den Besitzern gleiche Rechte wie dem Gehorchslandwirthen zu verleihen. Um aber zu vermeiden, dass etwa auswärtige Gemeindeglieder, denen die Hofsfelder, ohne Gründung gesonderter Wirthschaftseinheiten, verpachtet worden und die naturgemäss gar kein Interesse am Wohle der Ge-

meinde haben, in Grundlage der Anmerkung zum § 1 der L.-G.-O. vom J. 1866 ein gleiches Recht mit den Gesindeswirthen hätten und somit bei sehr ausgedehntem Hofsacker einen übermässigen Einfluss auf die Gemeindeversammlung ausüben könnten, wäre noch erforderlich hinzuzusetzen, dass die Grundstücke von mindestens 10 Thalern gesonderte Wirthschaftseinheiten bilden und daher auch ihre gesonderten Wohn- und Wirthschaftsgebäude haben müssten, damit sie als „Gesinde“ betrachtet werden könnten.

Hierdurch wäre nun den eigentlichen Wirthen auf der Gemeindeversammlung die Majorität gesichert und die Eigenthümer und Pächter von Gehorchs- und Hofsländ wären einander in ihren Rechten gleichgestellt, wenn bei ihnen auch dieselben Voraussetzungen zutreffen, nämlich ein Grundstück von mindestens 10 Thalern, das gleichzeitig eine gesonderte Wirthschaftseinheit bildet, und bei den Pächtern ausserdem ein mindestens sechsjähriger Pachtcontract.

Wenn nun auch diese Bestimmungen für die Kronsgüter nicht in vollem Umfange Geltung haben könnten, weil auf denselben leider keine Schätzung nach Thalerwerth stattgefunden hat, so erscheint dieser Grund doch nicht genügend, von der obigen Fixirung eines Gesindes abzustehen, denn dieser Werthmesser des Landes ist bereits vielen Gesetzen zu Grunde gelegt worden, wie z. B. bei der Vertheilung der Real-lasten des Gehorchslandes, obgleich er auch hierbei auf den Kronsgütern keine Anwendung finden kann, und ist zu sehr als Massstab für den Werth eines Gesindes in die Anschauungen des Bauern übergegangen, als dass es practisch erschiene, für die Qualification zur Classe der Wirthe, die Landstelle auf eine andere Art abzuschätzen. Es wäre daher nur erforderlich, für die Kronsgüter einen analogen Werthmesser anzunehmen und zu diesem Zweck erscheint es am geeignet-

sten, den Minimalwerth eines „Gesindes,“ dessen Besitzer als „Wirth“ zu betrachten ist, nach dem jährlich zu zahlenden Pachtzinse zu bestimmen, denn diese Zahlungen sind in den letzten Jahren nach dem factischen Werthe der Landstellen regulirt worden.

Nachdem wir nun versucht haben nachzuweisen, aus welchen Personen die auf der Gemeindeversammlung durch Virilstimmen vertretene 1. Classe zu bilden wäre, damit die Interessen der Gemeinde und der einzelnen Glieder derselben nicht geschädigt werden, so erübrigt uns noch die Classe der „Nichtwirth“ genauer zu betrachten.

Hier tritt uns nun vor allen Dingen der Uebelstand entgegen, dass in einigen Gemeinden — wie oben erwähnt — in Folge der früheren Rekrutencassen und der geringeren Abgaben ganz unverhältnissmässig viele unansässige Personen angeschrieben sind, die nicht in der Gemeinde wohnen und häufig auch niemals dort sich aufgehalten haben. Diese Gemeindeglieder, die nur aus Privatrücksichten in den Gemeindeverband eingetreten sind, haben naturgemäss nicht das geringste Interesse an den Beschlüssen der Gemeindeversammlung, denn sie unterliegen nicht der Jurisdiction der Gemeindebeamten und es kann ihnen auch ganz gleichgiltig sein, ob ein lasterhaftes Gemeindeglied ausgeschlossen wird oder nicht, da sie ja niemals mit demselben in Berührung kommen. Trotzdem sind aber diese auswärts wohnenden Gemeindeglieder in Grundlage des Patents vom Jahre 1866 sub Nr. 120 bei der Festsetzung der Zahl der Delegirten mitzuzählen, d. h. mit anderen Worten auch sie müssen zur Vertretung ihrer Interessen ihre Mandatare auf die Gemeindeversammlung entsenden, denn hierin besteht doch der einzige Zweck der Vertretung durch Delegirte. Da es sich nun aber auf der Gemeindever-

sammlung gar nicht um die Sonderinteressen der einzelnen Personen, sondern nur um Angelegenheiten der Gemeinde handelt, an denen die ausserhalb derselben wohnenden Glieder gar kein Interesse haben, so erscheint in diesem Falle ein Mandat nicht gehörig begründet. Dazu kommt noch, dass doch eigentlich selbstverständlich ein Mandat nur dann überhaupt einen Sinn hat, wenn es vom Mandanten dem Mandatar ertheilt ist, im vorliegenden Falle trifft aber auch diese Voraussetzung nicht zu, denn diese angeblichen Auftraggeber erscheinen niemals zu den Delegirten-Wahlen und die wenigen anwesenden unansässigen Gemeindeglieder müssen für die ihnen meistens völlig fremden Personen, ohne irgend welchen speciellen Auftrag, aus ihrer eigenen Mitte Vertreter wählen.

Wenn es sich hier um wenige auswärts wohnende Gemeindeglieder handelte, so wäre die Frage eine nebensächliche und bedürfte kaum der Erwähnung, die Zahl derselben ist aber häufig so gross, dass die obenerwähnte Bestimmung gar nicht durchzuführen ist, weil in vielen Fällen nicht einmal so viel Wähler vorhanden sind, als Delegirte zu entsenden wären. So sind z. B. zu der kleinen Gemeinde W. 171 volljährige unansässige Gemeindeglieder angeschrieben, die also 17 Delegirte auf die Gemeindeversammlung zu entsenden hätten; von diesen 171 Personen sind aber nur 12 in der Gemeinde wohnhaft und von einem grossen Theile der übrigen weiss die Gemeindeverwaltung nicht einmal, wo sie sich aufhalten, so dass die gesetzliche Zahl der Delegirten nicht einmal erreicht wird, wenn auch alle Mandanten sich gegenseitig ein Mandat ertheilen. In diesem Falle kann somit eine Delegirten-Wahl gar nicht stattfinden, da alle Wähler ipso juro Virilstimmen haben, und wenn man nun noch bedenkt, dass gerade unter diesen unansässigen Personen, die

in der Gemeinde verbleiben, viele Alterschwache und Krüppel, sowie überhaupt unzuverlässige Personen sind, von denen durchaus nicht zu wünschen ist, dass sie auf der Gemeindeversammlung eine Stimme haben, so ist es leicht ersichtlich, zu welchen schlimmen Consequenzen die in Frage stehende Verordnung führen kann.

Demnach erscheint es wohl äusserst wünschenswerth, dass nur die in der Gemeinde wohnhaften zur Classe der „Nichtwirthe“ gehörigen Personen bei der Festsetzung der Zahl der Delegirten mitzuzählen sind, dann nur werden die Delegirten zu wirklichen Mandataren, welche die Interessen und Wünsche ihrer Mandanten vertreten können.

Fassen wir nun alles Gesagte kurz zusammen, so erscheint es nachgewiesen, dass die gesetzlichen Bestimmungen, welche die volle Gemeindeversammlung und die Classenversammlungen betreffen, in vieler Beziehung reformbedürftig sind und es den Bedürfnissen des Landvolkes angemessen wäre, wenn die Landgemeinde-Ordnung vom Jahre 1866 dahin abgeändert werde:

1) dass die Landgemeinde nur in 2 Classen zerfällt, nämlich in die der „Wirthe“ und die der „Nichtwirthe“.

2) dass zur ersten Classe sämtliche Gehorchslands- und Hofslands-Wirthe gehören, falls die Landstelle, die sich in ihrem Eigenthum oder Pachtbesitz befindet, eine gesonderte Wirthschaftseinheit von wenigstens 10 Thalern bildet und die Pächter mindestens sechsjährige Pachtcontracte haben, zur zweiten Classe aber alle übrigen zur Gemeinde gehörigen Personen zu rechnen sind;

3) dass die Gemeindeversammlung aus den viriliter vertretenen „Wirthen“ und den Delegirten der „Nichtwirthe“ besteht; und

4) dass auf je 10 volljährige in der Gemeinde wohnhafte „Nichtwirthe“ ein Delegirter auf die Dauer einer Wahlperiode von der Classenversammlung zu wählen sei.

II. Der Gemeinde-Ausschuss.

Der Gemeinde-Ausschuss wird im Grundgesetz des § 9 der Landgemeinde-Ordnung vom Jahre 1862 für den Landgemeindefall, dem die wenigen Gemeinden der Vorzeit angehört, und den von der Gemeindeversammlung gewählten Ausschuss, und dem von der Gemeindeversammlung gewählten Ausschuss, von denen die eine Hälfte den Classen der Grundbesitzer und Pächter, die andere den Classen der Knechte und selbständigen unbesessenen Personen angehört, ausserdem nehmen an den Verhandlungen des Gemeinde-Ausschusses noch die Vorsteher Theil, haben aber nur eine beratende Stimme. Diese also zusammengesetzte Versammlung hat nun die Aufgabe, die Interessen der Gemeinde zu vertreten und erforderlichen Falles hierzu Bevollmächtigte zu ernennen. Beschliesse über alle Gegenstände zu fassen, welche sich auf Gemeinde-Einkünfte oder sonstiges Gemeinde-Eigentum oder auf die aus Gemeinde-Mitteln zu gründeten und unterhaltenen Anstalten und Schulen beziehen sowie überhaupt alle Gemeinde-Anglegenheiten betreffen und den Erhebungs-Modus zu bestimmen. Selbstlich steht noch der Versammlung die Entscheidung in allen den Fällen zu, wo nach dem allgemeinen Gesetz oder der Gemeinde-Ordnung eine solche besondere Anordnung der Staatsregierung die

II. Der Gemeinde-Ausschuss.

Der Gemeinde-Ausschuss wird in Grundlage des § 9 der Landgemeinde-Ordnung vom Jahre 1866 aus dem Gemeinde-ältesten, dem mit wenigen Ausnahmen der Vorsitz gebührt, und den von der Gemeindeversammlung gewählten Ausschusspersonen gebildet, von denen die eine Hälfte den Classen der Grundeigenthümer und Pächter, die andere den Classen der Knechte und selbstständigen unansässigen Personen angehören muss. Ausserdem nehmen an den Verhandlungen des Gemeinde-Ausschusses noch die Vorsteher Theil, haben aber nur eine berathende Stimme. Diese also zusammengesetzte Versammlung hat nun die Aufgabe, die Interessen der Gemeinde zu vertreten und erforderlichen Falles hierzu Bevollmächtigte zu ernennen, Beschlüsse über alle Gegenstände zu fassen, welche sich auf Gemeinde-Capitalien oder sonstiges Gemeinde-Eigenthum oder auf die aus Gemeinde-Mitteln gegründeten und unterhaltenen Anstalten und Schulen beziehen, sowie überhaupt alle Gemeinde-Abgaben festzusetzen und den Erhebungs-Modus zu bestimmen. Schliesslich steht noch der Versammlung die Entscheidung in allen den Fällen zu, „wo nach dem allgemeinen Gesetz oder der Bauerverordnung oder zufolge besonderer Anordnung der Staatsregierung die

Zustimmung oder Beschlussfassung der ganzen Gemeinde erfordert wird“.

Diese sind nur die hauptsächlichsten Competenzen und Pflichten des Gemeinde-Ausschusses, aber schon hieraus kann man ersehen, ein wie grosser Wirkungskreis demselben zugemessen ist und wie sehr das Wohl oder Wehe der ganzen Gemeinde von der richtigen Zusammensetzung dieser Versammlung abhängt. Nun wird aber unzweifelhaft der Kern der Gemeinde von den ansässigen Gliedern gebildet, um die sich dann der lockere und jährlich sich verändernde Kreis der unansässigen gruppirt, und schon deshalb, weil bei den Ersteren ihre Existenz durch ein mehrjähriges Pachtverhältniss und jetzt schon zum grösseren Theile durch das Eigenthumsrecht an den Grund und Boden gebunden ist, sind auch ihre eigenen Interessen so eng mit denen der Gemeinde verwachsen, dass man von ihnen mit Recht voraussetzen kann, sie werden das Wohl der Gemeinde anstreben und auch einige Opfer zum allgemeinen Besten nicht scheuen.

Anders verhält es sich jedoch mit den Knechten und selbstständigen unansässigen Gemeindegliedern, denn diese sind durch nichts als etwa durch einen jährlichen Dienstvertrag an die Gemeinde gebunden, und es liegt daher in der Natur der Sache, dass man bei ihnen unmöglich auf ein reges Interesse für das Wohl der Gemeinde rechnen kann. Ja es ist sogar ecklärlich, dass diese einerseits meistens das allgemeine Wohl ihrem eigenen Vortheile unterordnen werden, wo es sich um Bewilligungen zu gemeinnützigen Zwecken handelt und sich andererseits leicht von schädlichen Elementen in der Gemeinde — denn an denen fehlt es leider nirgends — werden beeinflussen lassen, wenn Fragen zur Entscheidung vorliegen, die für sie persönlich nur ein geringes Interesse haben.

Betrachten wir nun die Zusammensetzung des mit so ausgedehnten Competenzen versehenen Gemeinde-Ausschusses, so werden wir finden, dass der weitaus massgebendere Theil, die Wirth, bedeutend zu wenig vertreten sind, denn die Hälfte aller Ausschusspersonen muss aus den unansässigen Gemeindegliedern gewählt sein, und mit dem steten Fortschreiten des Landvolkes, d. h. namentlich mit der steten Zunahme des bauerlichen Grundeigenthums, macht sich in gleichem Schritt dieses Missverhältniss immer mehr und mehr fühlbar, denn je enger die einzelne Person mit dem Grund und Boden verbunden wird — und das Eigenthumsrecht ist das festeste Band — desto mehr wird das Domicil zur wahren Heimath und mit dem Heranwachsen des Heimathsgefühls steigt naturgemäss das Interesse und erstarkt das Bewusstsein der Pflicht, für das Wohl dieser Heimath zu wirken und zu sorgen.

Gerade umgekehrt ist es bei den unansässigen Gliedern, denn bei ihnen lockert sich mit der Verbreitung des bauerlichen Grundeigenthums ihr Verhältniss zur Gemeinde. Der Grund aber zu dieser Erscheinung liegt auf der Hand, denn so lange das Gehorchsland noch nicht in das Eigenthum der Bauern übergegangen war, lag die Möglichkeit ihnen viel näher, in ihrer Gemeinde ansässig zu werden, und fast jeder strebsame Knecht hatte sich das Ziel vorgesteckt, einmal Wirth in seiner Gemeinde zu werden; daher war selbstverständlich das Gefühl ihrer Zugehörigkeit zum Verbande ein stärkeres und das Interesse für dasselbe ein regeres. Jetzt liegt die Sache anders: in den wohlhabenderen Gemeinden Livlands ist fast alles Gehorchsland verkauft, und wo solches der Fall ist, kann das unansässige Mitglied kaum daran denken, dort Wirth zu werden und wird sich daher ganz unabhängig von den Grenzen der Gemeinde dahin wenden und

sich auch dahin umschreiben lassen, wo er am meisten verdient und am wenigsten Abgaben zu zahlen hat; sollte er sich aber so viel erworben haben, dass er sich ein Gesinde kaufen kann, so ist er gleichfalls genöthigt, sich weiterhin umzusehen. Dass durch diese Verhältnisse aber das Band zwischen der Gemeinde und den unansässigen Gliedern factisch bedeutend gelockert ist, und sie ihre Gemeinde nicht mehr als eine engere Heimath betrachten, kann ein Jeder, der sich mit diesen Angelegenheiten beschäftigt hat, alljährlich zur Zeit der Umschreibung erfahren, denn stets wird es sich finden, dass aus den Gemeinden, bei denen in Folge besonderer Ausgaben, wie z. B. Errichtung neuer Schul- oder Gemeindehäuser, höhere Abgaben zu zahlen sind, sich unverhältnissmässig viele unansässige Gemeindeglieder ausschreiben lassen. Fragt man dann nach dem Grunde, so erhält man fast regelmässig die Antwort, dort wären zu hohe Abgaben zu entrichten, während in der anderen Gemeinde die Zahlungen weit geringer seien.

Also schon wegen einiger Rubel verlassen sie die Heimathsgemeinde — wie kann man dann bei ihnen wirklich reges Interesse am Wohle derselben oder gar einige Opferwilligkeit voraussetzen!

Allerdings kann man den Mangel an Interesse für die Heimathsgemeinde durchaus nicht allen unansässigen Gemeindegliedern nachsagen, doch ist leider die Zahl derjenigen, die sich nicht mehr als wahre Glieder des Verbandes fühlen, gross genug, um einen schädlichen Einfluss auf die Fortentwicklung der Gemeinde auszuüben. Daher mehren sich auch von Jahr zu Jahr die Klagen, dass beim Gemeinde-Ausschusse so schwer irgend welche Bewilligung zu einem gemeinnützigen Zwecke durchzusetzen ist, und daran sind schon die nothwendigsten Angelegenheiten gescheitert, wie die Anstellung eines

Kirchspielsarztes, die Errichtung einer Mädchenschule. Daher hört man so häufig die Gemeindeältesten sich darüber beschweren, dass der Gemeinde-Ausschuss ihnen die Zustimmung zu den gesetzlich vorgeschriebenen Handlungen, wie die Repartition inexigibler Magazinschulden oder die erforderliche Unterstützung der Gemeindearmen verweigere, angeblich weil die Gemeinde ohnehin schon genug belastet sei.

Man wird hiergegen einwenden, dass die unansässigen Gemeindeglieder ebenfalls die Zahlungen zu entrichten haben, ihnen daher auch unzweifelhaft ein Stimmrecht bei den hierauf bezüglichen Beschlüssen einzuräumen sei. Dieses muss allerdings unzweifelhaft zugegeben werden und es wäre daher auch durchaus falsch, den unansässigen Gemeindegliedern jede Vertretung auf diesen Versammlungen zu entziehen. Doch erscheint es nach Obigem angemessen, den Wirthen im Gemeinde-Ausschusse das Uebergewicht zu verschaffen, weil diese als Vertreter der ansässigen und wohl allgemein auch der gebildeteren Classe der Bevölkerung geeigneter sind, die Interessen der Gemeinde zu wahren und das Wohl derselben zu fördern.

Eine nicht geringe Schuld an diesen Missständen trägt — nächst der allzu grossen Zahl der unansässigen Ausschusspersonen — auch der Umstand, dass den Gemeinde-Vorstehern nur eine berathende Stimme im Ausschusse eingeräumt ist. Es liegt auch nicht der geringste Grund vor, denselben das volle Stimmrecht zu verweigern, denn die Beschlüsse des Gemeinde-Ausschusses beziehen sich doch fast ausschliesslich auf Verwaltungsfragen, und die Vorsteher sind doch gerade deshalb von der Gemeindeversammlung zu diesen Aemtern der Gemeindeverwaltung gewählt worden, weil sie nächst dem Gemeindeältesten als die geeignetsten Personen gerade für die Verwaltungsachen betrachtet worden sind und

die meiste Einsicht in diese Fragen haben. Daher erscheinen auch gerade die Gemeinde-Vorsteher — nächst dem Gemeindeältesten, dem ja auch die entscheidende Stimme zusteht — als die geeignetsten Personen, ihre Stimme in Verwaltungssachen und somit auch im Gemeinde-Ausschusse abzugeben, da dieser Versammlung häufig äusserst schwierige Fragen vorliegen, bei denen eine reifere Einsicht sehr Noth thut. Dabei braucht wohl kaum erwähnt zu werden, dass dieselben, gleich dem Gemeindeältesten, als Beamte der Gemeindeverwaltung bei Gelegenheit der Rechenschaftsablegung von Seiten derselben kein Stimmrecht hätten, weil gerade ihre Amtsthätigkeit einer Prüfung unterzogen werden soll.

Schon aus dem Gesagten erweist sich die gegenwärtige Zusammensetzung des Gemeinde-Ausschusses für das Wohl der Gemeinde als durchaus nicht gedeihlich, doch erscheint sie völlig unhaltbar, wenn man bedenkt, dass vor diese Versammlung nicht nur Fragen competiren, welche auch die unansässigen Gemeindeglieder direct berühren, wie die Abgabenrepartition und die Bewilligungen zu gemeinnützigen Zwecken, sondern auch Angelegenheiten zur Beschlussfassung vorgelegt werden müssen, die sich auf Reallasten beziehen und daher einzig und allein für die Wirthe und in keiner Beziehung für die unansässigen Personen Interesse haben können.

Diese letzte Behauptung könnte allerdings zweifelhaft erscheinen, besonders da sie nicht durch den klaren Wortlaut des Gesetzes begründet ist, doch liegt in dieser Beziehung eine massgebende Entscheidung vor, wonach eine Beschlussfassung über die Repartition der Wegebau-last, soweit diese Repartition nicht schon durch das Gesetz fixirt und geregelt ist, nur der vollen Ausschuss-Versammlung in ihrer im § 9 der Landgemeinde-Ordnung angegebenen Zusammensetzung

aus Vertretern der verschiedenen Classen competiren kann.

Es handelt sich hier unzweifelhaft um eine principielle Frage, die von sehr weittragender Bedeutung für die ganze Organisation der Landgemeinde ist, da demnach wohl nicht bloss die Wegebauast, sondern überhaupt alle gesetzlich nicht genau fixirten Fragen in Betreff der Reallasten dieser zur Hälfte aus unansässigen Personen bestehenden Versammlung vorzulegen sind.

Um nun klar darzuthun, wie sehr gerade in dieser Beziehung eine Reform erforderlich ist, erscheint es nothwendig, kurz den Rechtsstreit zu referiren, in welchem die obige Entscheidung ergangen ist.

In Grundlage § 411 der Bauerverordnung vom Jahre 1860 und § 8 Punkt A der Beilage lit. A zu § 2 der Bauerverordnung sind die auf dem Gehorchslande ruhenden Reallasten nach Massgabe der Thalergrösse der einzelnen Gesinde von den Pächtern und Grundeigenthümern zu leisten, und diese gesetzliche Bestimmung ist auch auf den Privatgütern stets genau beobachtet worden. Auf den Kronsgütern hat dagegen keine Schätzung der Gesinde nach Thalerwerth stattgefunden, und bis vor einigen Jahren war der einzige Massstab für dieselben der Flächeninhalt, d. h. die Anzahl der Dessätinen. Deshalb waren denn auch die Reallasten auf den Kronsgütern nach der Ausdehnung der Gesinde, ganz unabhängig vom factischen Werthe des Grundes und Bodens, auf dieselben vertheilt, und es bedarf wohl keiner näheren Erörterung, dass dieser Vertheilungsmodus ein durchaus unbilliger ist, weil selbstverständlich sehr häufig Gesinde von grösserer Ausdehnung, die jedoch in ihren Grenzen viel Impedimente enthalten, einen geringeren Werth repräsentiren können, als kleinere Gesinde, die vorwiegend aus Acker und

Wiesen bestehen. Diesem längst gefühlten Bedürfnisse hat nun die hohe Krone dadurch abgeholfen, dass sie die Ländereien neu reguliren und die einzelnen Gesinde nach ihrem wahren Werthe abschätzen liess, allerdings nicht nach Thaler-, sondern nach Pachtwerth, d. h. die Höhe des jährlich zu entrichtenden Pachtzinses wurde nach dem factischen Werthe der Gesinde regulirt.

In Folge dessen ergriff nun unter Anderem der Gemeindeälteste des Kronsgutes S. die schon lange ersehnte Gelegenheit, diesem Missstande abzuhelpen und eine neue Vertheilung der Reallasten, und namentlich der Wegebaulast, nach dem wahren Werthe der Gesinde, d. h. nach Verhältniss des neu normirten Pachtzinses vorzunehmen, zu welchem Zwecke er diese Angelegenheit den Vertretern der hierbei betheiligten Wirthe, d. h. den aus diesen erwählten Ausschusspersonen vorlegte.

Nachdem nun von diesen Letzteren die projectirte neue Vertheilung der Wegebaulast gebilligt und von der Aufsichtsbehörde bestätigt war, wurde in Folge Beschwerde der in Rede stehende Beschluss, betreffend die Repartition der Wegebaulast, für „nicht rechtskräftig“ erklärt, weil eine so einseitig, d. h. nur aus den Vertretern der Wirthe zusammengesetzte Versammlung keinen gesetzlichen Boden habe und keineswegs den Ausschuss zu ersetzen vermöge.

Da nun hieraus allerdings hervorzugehen schien, dass diese Frage vor die volle Ausschussversammlung competire, solches aber nicht direct ausgesprochen war, so wurde angefragt, ob die Vertheilung der Wegebaulast vor die volle Ausschussversammlung competire, und somit die aus den unanwässigen Personen erwählten Ausschussglieder gleichfalls ihre Stimme in dieser, einzig und allein die Wirthe berührenden Angelegenheit abzugeben hätten, oder ob diese Frage nicht

etwa von der Versammlung der hierbei betheiligten Wirthe zu entscheiden sei, indem in Grundlage der Anmerkung 2 zum § 8 der Landgemeinde-Ordnung v. J. 1866 die Classen-Versammlungen „mit Genehmigung des Gemeindeältesten ausschliesslich zur Berathung über die speciellen Bedürfnisse und Interessen der betreffenden Classe convocirt werden“ können und die Wegebaulast, als Reallast, wohl zu den „speciellen Interessen“ der Wirthe gerechnet werden dürfte. Auf diese Anfrage hin erfolgte nun von massgebender Stelle die oben angeführte Entscheidung, wonach die Beschlussfassung in dieser Frage vor die volle Ausschussversammlung competire und den unansässigen Gliedern gleichfalls ein Stimmrecht einzuräumen sei. Die Folge davon ist, dass die so sehr wünschenswerthe neue Vertheilung der Wegebaulast nicht in der genannten Gemeinde S. und — soweit dem Verfasser bekannt — noch auf keinem Kronsgute ausgeführt ist.

Hiernach wird nun wohl Jedem, dem unsere ländlichen Verhältnisse nicht fremd sind, unzweifelhaft einleuchten, dass der Gemeinde-Ausschuss einer gründlichen Reform bedarf, besonders, wenn man bedenkt, dass in Grundlage des Patents vom J. 1866 sub Nr. 120 „die Ausschuss-Beschlüsse in jedem Falle unaufhältlich in Ausführung zu bringen sind, mithin die dagegen in gesetzlicher Frist etwa erhobenen Beschwerden keinen Suspensiveffect haben.“ Auch diese Bestimmung ist offenbar unzweckmässig und daher reformbedürftig, weil dadurch einerseits die Controle über die Thätigkeit des Gemeinde-Ausschusses bedeutend erschwert, ja eigentlich beinahe unmöglich gemacht wird, andererseits aber durch die sofortige Ausführung häufig völlig rechtswidriger Beschlüsse der Gemeinde ein grosser Schaden verursacht werden kann. Die Competenzen dieser Versammlung sind eben zu weitgehend, sowie die Einsicht der Glieder derselben mei-

stens für die schwierigeren Fragen eine zu geringe, als dass es angemessen erschiene, ihnen eine in dem Grade selbstständige Stellung zu verleihen und die Folgen der einzelnen Beschlüsse können zu sehr die Interessen der Gemeinde schädigen, als dass sie in jedem Falle, selbst trotz einer rechtzeitig angemeldeten und erhobenen Beschwerde vor der Überprüfung derselben durch die Aufsichtsbehörde, erfüllt werden könnten.

Nimmt man beispielsweise auch nur den Fall, dass ein Gemeinde-Grundstück vom Ausschusse in Folge Vorspiegelung einer gewandten aber unredlichen Persönlichkeit oder auch — was leider durchaus keine Unmöglichkeit ist — in Folge eigennütziger und unlauterer Motive der massgebenden Glieder auf eine lange Reihe von Jahren zu äusserst ungünstigen Bedingungen verpachtet worden, so erfährt die Aufsichtsbehörde, falls keine Beschwerde angemeldet worden, von der ganzen Angelegenheit officiell gar nichts, und wenn ihr auch nachträglich die Sache auf anderem Wege bekannt wird, so steht sie doch häufig machtlos der vollendeten Thatsache gegenüber. Auch das Beschwerderecht wird meistens illusorisch, da ein bereits ausgeführter Beschluss, z. B. ein rechtsgiltig abgeschlossener Pachtvertrag, sich oft nicht mehr rückgängig machen lässt, ohne dass den betheiligten dritten Personen — im angeführten Falle dem Pächter — eine bedeutende Entschädigung gezahlt werden müsste, und die schuldigen Gemeindebeamten zum Ersatze des Schadens zu verurtheilen, wird selten möglich sein, denn ein dolus oder auch nur eine culpa lata ist äusserst schwer nachzuweisen. Noch schlimmere Folge kann aber die Entgegennahme der Rechenschaft von Seiten des Gemeindeältesten, namentlich bei seinem Abgange vom Amte, haben, falls diese nicht unmittelbar unter der Controle der Aufsichtsbehörde steht, denn die Ausschuss-

glieder werden häufig nicht in Stande sein, sich einen vollen Einblick in seine Amtsthätigkeit zu verschaffen, um die etwaigen geschickt verheimlichten Unterschleife zu entdecken. Demnach erscheint es wohl dringend nothwendig, dass die in Frage stehende Bestimmung des Patents vom J. 1866 Nr. 120 aufgehoben und statt dessen eine Verordnung erlassen werde, wonach jeder Beschluss des Gemeinde-Ausschusses binnen 8 Tagen der Aufsichtsbehörde zur Bestätigung copialiter vorzustellen sei und derselbe erst nach erfolgter Bestätigung, und falls binnen der gesetzlichen Frist von 14 Tagen gegen denselben keine Beschwerde angemeldet ist, die Rechtskraft beschreitet.

Es wäre nun noch festzusetzen, welche Zusammensetzung des Ausschusses für die Gemeinde die angemessenste sei und welcher Versammlung die gesetzlich nicht genau fixirten Fragen, welche die Reallasten betreffen, vorgelegt werden müssten.

Was nun zunächst die Zusammensetzung des Gemeinde-Ausschusses betrifft, so ist es nach dem Gesagten wohl unzweifelhaft, dass die Zahl der aus den unansässigen Personen im Verhältniss zu den aus den Wirthen erwählten Ausschusspersonen verringert werden müsse, damit die Thätigkeit dieser Versammlung für die Gemeinde eine segensreiche werden könne, doch erscheint es durchaus nicht zweckentsprechend, a priori für alle Gemeinden ein und dasselbe Verhältniss anzuordnen, denn das factische Verhältniss der ansässigen zu den unansässigen Gemeindegliedern resp. der Wirthe zu den Nichtwirthen ist in den einzelnen Gemeinden ein sehr verschiedenes, und die Bestimmung, dass der eine Theil der Ausschusspersonen aus der einen und der andere Theil aus der anderen Bevölkerungsgruppe gewählt werden

müssen, hat doch unzweifelhaft den Zweck, dass die Interessen jeder derselben auf den Ausschussversammlungen durch ihre eignen Mandatare vertreten werden. Wenn nun der volle Ausschuss die ganze Gemeinde zu repräsentiren hat, und deshalb auch durch den § 9 der Landgemeinde-Ordnung das Verhältniss aller männlichen Angehörigen der Gemeinde zu der Gesamtzahl der Ausschusspersonen geregelt worden ist, d. h. mit andern Worten, wenn gesetzlich schon bestimmt ist, auf wie viele Gemeinde-Angehörige, als Mandanten, eine Ausschussperson, als Mandatar, kommt, so erscheint es auch billig, dass die Anzahl der Ausschusspersonen jeder einzelnen Classe nach der Anzahl der zu derselben gehörigen Personen geregelt werde, d. h. dass das Verhältniss der aus den „Wirthen“ zu den aus den „Nichtwirthen“ erwählten Ausschusspersonen sich stets nach dem Verhältniss der Mitglieder dieser beiden Classen richten müsse. Da nun bereits nachgewiesen ist, dass hier auch eine Stimmengleichheit der Wirthe und Nichtwirthe durchaus schädlich erscheint und somit die Einschränkung, dass die Letzteren niemals mehr als ein Drittel sämmtlicher Ausschusspersonen ausmachen dürfen, hier noch im höheren Grade als bei der — im Abschnitt I genauer besprochenen — Gemeindeversammlung wünschenswerth ist, so erscheint es durchaus empfehlenswerth, für den Gemeinde-Ausschuss dasselbe Verhältniss wie bei der Gemeindeversammlung festzusetzen, wonach also die Anzahl der aus den beiden Classen zu erwählenden Ausschusspersonen sich jedes Mal nach dem Verhältniss der „Wirthe“ zu den Delegirten der „Nichtwirthe“ zu richten hat.

Es erübrigt uns nun schliesslich noch festzustellen, welcher Versammlung die durch das Gesetz nicht geregelten Fragen, die Reallasten betreffen, vorzulegen wären. Es er-

scheint jedoch keine der bestehenden oder der in Vorschlag gebrachten Versammlungen hierfür völlig geeignet, denn bei der durch die Landgemeinde-Ordnung begründeten Classificirung wäre zu diesem Zweck eine Combination der Classenversammlungen der Gehorchsland-Eigenthümer und -Pächter erforderlich und die in Vorschlag gebrachte Classe der „Wirthe“ beschränkt sich nicht nur auf Gehorchsland, sondern erstreckt sich auch auf das schatzfreie Hofsländ, das von dieser Frage nicht berührt wird. Daher wäre es nothwendig, zu diesem Behufe eine neue Versammlung aus den Delegirten der bei den Reallasten theiligten Personen zu bilden, und da nun diese Letzteren im Ausschusse schon ihre Vertreter haben, so erscheint es entschieden zweckmässig, den aus den Gehorchslandswirthen erwählten Ausschusspersonen diese Competenz zuzuweisen. Der Vorsitz wäre auch bei dieser Versammlung dem Gemeindeältesten, und falls dieser ein Hoflandswirth sein sollte, dem ältesten zu den Gehorchslandswirthen gehörenden Gemeindevorsteher zu übertragen, mit dem Rechte, dass — gleich wie beim Gemeinde-Ausschusse — die Stimme des Vorsitzenden bei Stimmengleichheit den Ausschlag gebe. Sollte aber, was kaum denkbar ist, die Befürchtung vorliegen, dass die überwiegende Mehrzahl der aus den Wirthen erwählten Ausschussglieder auf Hofsländ situiert ist und somit die Versammlung zu wenig zahlreich wäre, so könnte diesem Uebelstande dadurch abgeholfen werden, dass man bei der Besetzung des Ausschusses anordnet, dass die Zahl der aus den Gehorchs- und Hofsländswirthen gewählten Ausschusspersonen sich nach dem Verhältniss dieser beiden Bestandtheile der Wirthsclasse richten müsse.

Wie beim Gemeinde-Ausschusse müssten auch die Beschlüsse dieser Versammlung binnen 8 Tagen der Aufsichtsbehörde copialiter zur Bestätigung vorgestellt werden, damit

nichts Rechtswidriges beschlossen werden könnte, wobei es jedem Betheiligten gleichfalls frei stände, innerhab einer Präclusivfrist von 14 Tagen beim Kirchspielsgerichte eine Beschwerde anzubringen, die Suspensiveffect haben müsste.

Durch das Obige glauben wir nun die Mängel des durch die Landgemeinde-Ordnung v. J. 1866 begründeten Gemeinde-Ausschusses gehörig nachgewiesen und die wünschenswerthen Neuerungen dargethan zu haben, und es würde sich demnach die Commission für Bauersachen wohl den allgemeinen Dank des Landes verdienen, wenn sie namentlich in dieser Beziehung dem ihr gegebenen Auftrage gemäss dem Ministerium des Innern in Vorschlag brächte:

1) dass die Zahl der aus den „Nichtwirthen“ erwählten Ausschusspersonen zu der Zahl der den Wirthen angehörigen stets in demselben Verhältniss stehe, wie auf der Gemeindeversammlung die Delegirten zu den viriliter vertretenen Wirthen und niemals ein Drittel sämmtlicher Ausschusspersonen übersteigen dürfe;

2) dass den Gemeindevorstehern auf den Ausschussversammlungen ein volles Stimmrecht zu gewähren sei mit alleiniger Ausnahme des Falles der Rechenschaftsablegung von Seiten der Gemeinde-Verwaltung;

3) dass dem Gemeinde-Ausschusse die Berathung und Beschlussfassung über alle Fragen, welche die Reallasten betreffen, zu entziehen und diese Angelegenheiten einer Versammlung, welche aus den Gehorchlands-Wirthen zu bilden wäre, zu überweisen seien; und

4) dass die Beschlüsse des vollen Gemeinde-Ausschusses sowie der zu demselben gehörigen Gehorchslands-Wirthe binnen 8 Tagen der Aufsichtsbehörde abschriftlich zur Bestätigung vorzustellen seien und erst nach erfolgter Bestätigung und falls innerhalb der Präclusivfrist von 14 Tagen gegen dieselben keine Beschwerde angemeldet ist, die Rechtskraft beschreiten.

III. Das Getreide-Vorraths-Magazin.

Das Getreide-Vorraths-Magazin ist unzweifelhaft eine der wichtigsten und wohlthätigsten Einrichtungen für die Landgemeinde gewesen und hat dieselbe gewiss schon manches Mal vor einer Hungersnoth bewahrt; doch wie sich Alles mit der Zeit und den wechselnden Verhältnissen verändert, so hat auch dieses ursprünglich so segensreiche Institut seine Bedeutung verloren und ist, namentlich in den wohlhabenderen Gegenden Livlands, aus einer Wohlthat zur Last der Gemeinde geworden. Es sind eben die Voraussetzungen, unter denen das Vorraths-Magazin gegründet wurde und seine hohe Bedeutung hatte, schon jetzt zum grössten Theile fortgefallen, und das den Bedürfnissen des Landvolkes angepasste Gesetz hat sich leider nicht den Verhältnissen entsprechend fortentwickelt.

Dieses geht schon aus einer kurzen Betrachtung der hierauf bezüglichen Bestimmungen hervor:

Gemäss dem § 514 der Allerhöchst bestätigten Bauer-Verordnung vom Jahre 1819 sollte nämlich das Vorraths-Magazin als vollständig betrachtet werden, sobald in demselben soviel Getreide vorhanden war, dass auf jede männliche Revisionsseele 1 Tscht. Winterkorn und $\frac{2}{3}$ Tscht. Sommerkorn kam

und dieser Minimalbestand ist in allen folgenden Bauer-Verordnungen beibehalten worden, bis endlich durch die Wohlfahrtsregeln v. J. 1866 hierin eine unbedeutende Veränderung stattfand. Diese bestand darin, dass das Minimalquantum des Sommerkorns von $\frac{2}{3}$ Tschw. auf $\frac{1}{2}$ Tschw. pro Seele herabgesetzt wurde, während an Winterkorn die fast vor einem halben Jahrhundert festgesetzte Menge von 1 Tschw. pro Revisionsseele beibehalten wurde.

Wenn man dagegen die Fortentwicklung der bäuerlichen Verhältnisse, den erhöhten Wohlstand und die hierdurch gewonnene grössere Selbstständigkeit des Landvolkes betrachtet, so erweist sich, wie wenig schon damals die geringe Herabsetzung des Bestandes den veränderten Verhältnissen entsprochen haben muss.

Das Gesetz war erlassen, als die Bauern sich noch in Leibeigenschaft befanden und erst aus dieser des Menschen unwürdigen Abhängigkeit erlöst werden sollten; sie hatten es daher noch gar nicht gelernt, für sich zu sorgen und waren daran gewöhnt worden, dass ihre nothwendigsten Lebensbedürfnisse von Andern beschafft wurden, denn sie wussten, dass es im Interesse ihres Herrn lag, sie vor dem Hungertode zu schützen, wie Jeder für die Erhaltung seines Eigenthums sorgt.

Diesen Verhältnissen war der ursprüngliche Minimalbestand des Vorrathsmagazins angepasst, und das Gesetz hatte den hauptsächlichsten Zweck, das noch nicht an seine Freiheit gewöhnte Landvolk vor den verderblichen Folgen einer Missernte zu schützen, da solches nicht mehr dem Gutsherrn oblag und auch keine genügenden Communicationsmittel vorhanden waren, um das erforderliche Getreide rechtzeitig und ohne übermässige Kosten aus der Ferne beschaffen zu können. Ferner beabsichtigte diese Bestimmung offenbar, die Bauern

unter eine gewisse Vormundschaft in Betreff ihrer Vermögensverwaltung zu stellen, weil man bei ihnen, eben so wenig, wie bei Unmündigen, voraussetzen konnte, dass sie ohne Schaden für ihre Existenz ihr Eigenthum selbst zu verwalten verständen, vielmehr zu befürchten stand, dass sie nach der Erndte nicht vorsorglich genug mit ihrem Korn verfahren würden, um bis zur nächsten Ernte von demselben mit ihrer Familie leben zu können.

Zu diesem Zwecke musste nun ein bestimmtes Quantum Getreide pro Seele in das Magazin geschüttet werden, bis der mehrerwähnte Minimalbestand erreicht wurde, d. h. mit andern Worten, die einzelnen Gemeindeglieder mussten alljährlich einen bestimmten Theil ihres Vermögens unter die Verwaltung des Gemeinde - Vorstandes stellen, bis das also gesammelte Gemeinde - Vermögen eine solche Höhe erreicht hatte, dass durch dasselbe die Gemeinde vor den Folgen einer Hungersnoth, und die einzelnen Gemeindeglieder vor der Unmündigkeit in ihrer Vermögens-Verwaltung geschützt werden könnten — und unter diesen Verhältnissen war schon als Bestand des Vorrathsmagazins 1 Tschw. Winter- und $\frac{2}{3}$ Tschw. Sommerkorn genügend.

In dem hierauf folgenden halben Jahrhundert hat nun das Landvolk in naturgemässer Reihenfolge die Schule zur Erlangung der Selbstständigkeit durchgemacht, es hatte gelernt, sein Vermögen selbst zu verwalten, war zum Theil wohlhabend geworden und die Erwerbung des Grundbesitzes hatte begonnen. Dazu kam, dass die Communicationsmittel bedeutend verbessert waren: aus den zum Theil unfahrbaren Wegen waren gute Landstrassen geworden, eine Chaussee war gebaut und zur Hauptstadt Livlands führte eine Eisenbahn, die mit dem Eisenbahnnetze Russlands und des Auslandes in Verbindung stand. Demnach waren die hauptsäch-

lichsten Voraussetzungen zu einem so hohen Minimalbestande fortgefallen, denn das Landvolk war zu grösserer Selbstständigkeit gelangt und bedurfte keiner Vormundschaft mehr; auch die Folgen einer Missernte waren nicht mehr in dem Grade wie früher zu befürchten, weil das Gemeinde-Vermögen bedeutend angewachsen war, und somit durch die verbesserten Communicationsmittel auch im Falle einer drohenden Hungersnoth das Getreide leichter hätte beschafft werden können.

Daher konnte man schon von den Wohlfahrtsregeln mit Recht eine weitere Herabsetzung des Minimum erwarten, da in Folge der veränderten Verhältnisse das Korn schon vielfach unverzinst in den Magazinen lag und dem Verderben ausgesetzt war, der Verkauf eines grösseren Theiles des Getreides und die Anlegung des Erlöses in Werthpapieren dagegen bedeutend vortheilhafter gewesen wäre.

Bald genug stellten sich auch die Folgen davon ein, dass der Bestand so wenig verringert war: immer weniger und weniger Vorschüsse wurden aus den Magazinen verlangt, und dem entsprechend blieb immer mehr Gemeinde-Vermögen unverzinst und war dem steten Verderben ausgesetzt. Hierauf erschien nun im J. 1870 die „Instruction zur Verwaltung der Getreide-Vorraths-Magazine und Cassen der Landgemeinden in den Ostseeprovinzen“, deren § 8 dazu bestimmt war, diesem drohenden Uebel abzuhelpfen. Doch leider wurde der Minimalbestand wiederum nicht herabgesetzt, sondern nur angeordnet, dass das Korn, falls es zu verderben drohte, gegen frisches umgetauscht werden solle. Durch die strenge Durchführung dieser Verordnung wird allerdings dem Untergange des Magazinkornes vorgebeugt, doch ist hierdurch der Gemeinde eine übergrosse Last aufgebürdet worden, so dass es kaum möglich ist, die stricte Befolgung dieser Massregel

durchzusetzen. — Doch darauf wird später zurückgekommen werden.

In Erwägung aller dieser Missstände ist auch bereits im J. 1875 vom livländischen Landtage höheren Orts um die facultative Aufhebung, resp. Verminderung des Bestandes der Vorraths-Magazine angesucht worden, doch ist hierauf bis jetzt noch keine Entscheidung eingegangen.

So hat sich nun mit der Zeit diese Angelegenheit in vielen Gegenden Livlands zur brennenden Frage zugespitzt und in den wohlhabenderen Theilen haben sich jetzt wohl ausnahmslos die Gemeindeverwaltungen an die Kirchspielsgerichte wegen gänzlicher oder theilweiser Aufhebung der Vorraths-Magazine gewandt: doch diese stehen machtlos allen den Gesuchen gegenüber, denn sie dürfen von sich aus keinen Verkauf unter dem Minimalbestande gestatten.

Dagegen ist allerdings in Grundlage § 2 der Anmerkung 2 der Wohlfahrtsregeln v. J. 1866 den Gouverneuren anheimgestellt „in Fällen, wo das bezügliche Bedürfniss thatsächlich vorhanden ist, zufolge Beschlusses des Gemeinde-Ausschusses und auf Vorstellung der Aufsichtsbehörde den Verkauf eines Theiles, jedoch nicht mehr als der Hälfte des Getreide-Vorraths des Gemeinde-Magazins zu gestatten,“ und es lässt sich nicht leugnen, dass diese Bestimmung einen bedeutenden Fortschritt gegen die früheren Bauer-Verordnungen bildet. Doch ist auch diese Verordnung nicht von so weittragender Bedeutung, wie es auf den ersten Blick erscheinen dürfte, denn es lässt sich das „thatsächliche Bedürfniss“ eben nur an Ort und Stelle genau erkennen, weshalb häufig dergleichen Gesuchen nicht gewillfahrt wird. So wurde z. B. im Frühjahr 1876 der Verkauf von Roggen nicht genehmigt, sondern der Umtausch gegen frisches Korn angeordnet, weil eine ungünstige Roggenernte zu befürchten wäre. Dass aber in diesem Falle ein „that-

sächliches Bedürfniss“ vorlag, erweist sich daraus, dass die über 600 Revisionsseelen zählende Gemeinde, wo somit der Minimalbestand gesetzlich gleichfalls über 600 Tschw. Roggen beträgt, trotz der allerdings sehr ungünstigen Ernte nur 39 Tschw. Roggen aus dem Vorraths-Magazin entnommen hat, und dieses Korn auch im Herbst vollständig refundirt wurde. Es war also durch die in vielen Gegenden drohende Missernte nur eine scheinbare Gefahr bei der Verminderung des Getreide-Vorraths vorhanden.

Wird dagegen der Kauf genehmigt, so sind wiederum die Bedingungen dazu so schwierig, dass sehr häufig derselbe unterbleiben und zum Umtausche geschritten werden muss, denn bei gestattetem Verkauf darf das Korn nicht unter den bestehenden Marktpreisen verkauft werden, und falls ein Theil des Magazinkornes bereits schadhaft geworden sein sollte, so muss das Kirchspielsgericht dahin Anordnung treffen, dass dasselbe öffentlich versteigert werde, und wenn der Erlös dann niedriger ausfällt, als es bei einer gleichen Quantität fehlerfreien Getreides der Fall wäre, so soll das Manquement nach vorhergegangener Untersuchung von den schuldigen Gemeindebeamten beigetrieben werden. Dadurch wird nun in den meisten Fällen die so heilsam scheinende Verordnung des § 2 Anmerkung 2 der Wohlfahrtsregeln illusorisch: trotz der erlangten Genehmigung ist der Verkauf kaum auszuführen; denn wer das Magazinkorn, selbst wenn es nicht verdorben ist, kennt, der weiss auch, dass für dasselbe niemals der Markspreis des „fehlerfreien Getreides“ erzielt werden kann. Selbst bei der peinlichsten Befolgung der Bestimmungen über die Schüttung und den Umtausch des Kornes kann dieser Preis vom Käufer doch nicht gezahlt werden, denn das Korn wird eben von sehr vielen, verschiedenen Personen geschüttet und umgetauscht, wodurch es un-

möglich — schon wegen der grossen Aehnlichkeit der Körner — zu vermeiden ist, dass z. B. Land- und Schwerthafer oder zwei- und sechszeilige Gerste vermenget werden, oder dass das Getreide nicht durchweg keimfähig ist, da beim Empfang desselben selbstverständlich eine Keimprobe nicht vorgenommen werden kann.

Also „fehlerfrei“ ist das Magazinkorn niemals, und es kann daher auch nicht der für solches geltende Marktpreis erzielt und muss daher wieder zum Umtausch geschritten werden, um das Verderben des Getreides zu verhüten. Ausserdem wird die Gemeindeverwaltung unter diesen Bedingungen meistens vom Verkaufe auch deshalb abstehen, weil sie fürchtet, eine bedeutende Entschädigung zahlen zu müssen, denn wenn nicht der erwähnte Marktpreis erzielt worden, so müssen die Gemeindebeamten die Differenz ersetzen, falls das Korn bereits schadhafte geworden ist. Es ist wohl auch kaum zu vermeiden, dass das Korn häufig etwas schadhafte wird, denn bei den grösseren Quantitäten, bei denen eine genaue Controle der unteren Schichten gar nicht möglich ist, kann es sehr leicht vorkommen, dass die Feuchtigkeit Schaden anrichtet, oder die Ratten einen Theil zernagen — notorisch vernichten die Ratten in grösseren Magazinen über 10 Tschw. Korn alljährlich —, und somit hätten wohl fast regelmässig die Gemeindebeamten grössere Summen zu zahlen.

Da nun namentlich in den wohlhabenderen Gegenden fast gar kein Bedürfniss vorliegt, aus dem Vorraths-Magazin Korn zu entnehmen, das Interesse der Gemeinde es aber erheischt, soviel Vorschüsse als möglich zu verabfolgen, so wird von diesen wenigen Darlehen ein möglichst geringer Zinsfuss und zwar meistens nur ein Garnitz vom Tschetwert erhoben, da zu befürchten steht, das sonst nichts entnommen werde. Demnach liegt also ein sehr bedeutendes Capital in Livland,

d. h. in jedem Kirchspielsgerichts-Bezirke circa 20,000 Tschw. Getreide, unverzinst, denn diese wenigen Darlehen bei so geringem Zinsfusse sind kaum zu veranschlagen, und die Gemeinde ist genöthigt, statt den Vortheil der Zinsen zu haben, sich alljährlich die grosse Last des Umtausches aufbürden zu müssen.

Wie gross aber diese Last für die Gemeinde ist, kann man schon daraus ersehen, dass fast bei jedem Magazin jährlich mindestens ein Drittel und bei feuchteren die Hälfte des ganzen Vorraths umgetauscht werden muss, um das Korn vor dem Verderben zu schützen. Veranschlagt man nun die durch das Hin- und Herführen, sowie durch das Ein- und Ausmessen verbrauchten Arbeitstage, so wird man leicht finden, dass das in den Magazinen angehäuften Vermögen der Gemeinde nicht nur keine Zinsen gewährt, sondern schon in Folge des gesetzlichen Umtausches die blosse Erhaltung bedeutende Unkosten verursacht. Doch erscheint diese Last noch grösser, wenn man bedenkt, dass durch § 8 der Instructionen vom J. 1870 angeordnet worden ist, „dass das auszutauschende Korn nicht früher ausgegeben wird, als bis das neue schon zur Stelle ist“ und hiervon nur eine Ausnahme gemacht werden kann, „wenn der das alte Korn Empfangende die gehörige Sicherheit für die Ersetzung desselben leisten kann.“

Wenn also die Gemeinde-Verwaltung wahrnimmt, dass das Korn zu verderben droht und daher einen sofortigen Umtausch anordnet, so müssen die einzelnen Gemeindeglieder ungesäumt ihr, wenn auch noch so nothwendiges frisches und möglicher Weise zur Saat bestimmtes Korn fortgeben und erhalten dann erst dagegen das dem Verderben ausgesetzte, jedenfalls aber zur Saat meist unbrauchbare Getreide.

Daher sträuben sich die Gemeinden auch schon vielfach gegen diese gesetzliche Massregel und häufig kann der Um-

tausch nur durch strenge Zwangsmassregeln durchgeführt werden.

Zu allen diesen oben ausgeführten Nachtheilen des Vorraths-Magazins kommen noch die gar nicht unbedeutenden Kosten der Verwaltung desselben, denn — auch abgesehen von der Besoldung der betreffenden Beamten, wie des Magazin-Aufsehers — muss das Magazingebäude erhalten und die sehr kostspielige jährliche Vermessung des Kornes in Betracht gezogen werden, so dass wohl offenbar die Vortheile des Vorraths-Magazins von den Nachtheilen bedeutend überwogen werden.

Wenn es dagegen gestattet wäre, je nach dem Bedürfniss jeder einzelnen Gemeinde und nach genauer Untersuchung der Verhältnisse durch die Aufsichtsbehörde, den Bestand zu verringern oder alles Korn zu einem jedes Mal festzusetzenden Preise zu verkaufen, so würde das Capital, das bis jetzt nicht nur unverzinst, sondern zum Schaden der Gemeinde im Magazin gelegen hat, in Werthpapieren angelegt, durch die jährlichen Zinsen zum Besten des Versorgungsfonds der Gemeinde stetig anwachsen, und könnten den wirklich Bedürftigen auch von diesen Geldern kleinere Summen als Darlehn verabfolgt werden. Totale Missernten kommen doch in Folge der vervollkommneteren Wirthschaftsmethoden und der höheren Cultur in Livland äusserst selten, und wohl kaum häufiger als durchschnittlich alle 20 Jahre einmal vor, so dass in der Zwischenzeit sich das Capital verdoppeln würde und somit vermöge der besseren Communicationsmittel, die hoffentlich bald durch eine neue livländische Eisenbahn noch vervollkommnet werden, den bedürftigen Gemeindegliedern aus den Geldern des Versorgungsfonds wohl jedenfalls die erforderliche Unterstützung durch Beschaffung des Getreides gewährt werden könnte.

Auch würde die vollständige Aufhebung des Vorraths-Magazins, wo solches erforderlich erschiene, noch den Vortheil gewähren, dass das Magazin-Gebäude entweder gleichfalls zum Besten des Versorgungsfonds verkauft, oder zu anderen Zwecken, wie z. B. zur Gründung einer neuen Schule, verwandt werden könnte.

Endlich wäre noch die Controle von Seiten der Aufsichtsbehörde eine bedeutend leichtere und sicherere, denn bei den vollständig gefüllten Magazinen lässt sich bei den Revisionen weder die vorhandene Quantität des Kornes genau mit den Büchern vergleichen, da das Ummessen bei dieser Gelegenheit nicht möglich und die cubische Messung sich häufig aus verschiedenen Ursachen als unsicher erwiesen hat, noch auch die Qualität genau controliren, da nur die oberen Kornschichten der oft buchstäblich bis zur Lage gefüllten Salven besichtigt werden können, während am Boden schon häufig das Korn zu verderben droht.

Daher erscheint die facultative, aber auch nur eine solche, und keine obligatorische vollständige Aufhebung der Vorraths-Magazine dringend wünschenswerth, denn das oben Gesagte wird nur in den wohlhabenderen Gegenden in allen Punkten zutreffen, und es giebt in Livland noch viele Gemeinden, die für's Erste noch nicht alles Korn, sondern nur einen Theil desselben verkaufen wollen, weil die ärmeren Gemeindeglieder zu sehr daran gewöhnt sind, das nöthige Getreide sogleich aus dem Magazin zu erhalten und noch nicht verstehen für die Zukunft selbst hinreichend zu sorgen, daher auch dort ein allmähliches Aufheben bedeutend angemessener erscheint. Dazu kommt noch, dass, wenn alles Getreide sogleich zwangsweise verkauft werden sollte, der Markt zu sehr mit Magazinkorn überfüllt wäre, so dass wegen des grossen Angebots die Preise sehr geringe wären, während bei

einer facultativen Aufhebung der günstigste Moment, d. h. die besten Preise zum Verkauf benutzt werden könnten.

Doch auch die facultative Aufhebung des Vorraths-Magazins kann nur dann den gewünschten Erfolg haben, wenn der Erlös dem Versorgungsfond der Gemeinde einverleibt wird und vollständig an die Stelle der Magazine tritt, wobei den Gemeindebeamten die Verwaltung desselben unter der Controle der Aufsichtsbehörde verbleiben und der letzteren das Recht eingeräumt werden müsste, ohne weitere Genehmigung von sich aus die Verabfolgung von Darlehen an hilfsbedürftige Gemeindeglieder zu gestatten, denn der durch den Verkauf erzielte Erlös resp. der Versorgungsfond kann doch nur zur Versorgung hilfsbedürftiger Gemeindeglieder dienen und selbstverständlich giebt es und wird es auch stets solche Personen genug geben, die, obgleich nicht eigentliche Gemeinde-Armen, doch der Unterstützung durch Darlehen bedürfen.

Sollte aber wegen jedes noch so geringen Darlehns zur Abhilfe einer dringenden augenblicklichen Noth jedes Mal höheren Orts die Genehmigung eingeholt werden, so wird die Angelegenheit häufig so verzögert werden, dass die Hilfe zu spät kommt und das ursprünglich durch Beiträge resp. Einschüttungen von Seiten der Gemeindeglieder zum alleinigen Zwecke der Abhilfe der Noth in der eigenen Gemeinde entstandene Gemeindevermögen verfehlt ganz seinen Zweck, falls dasselbe, wie verlautet, als Grundstock eines allgemeinen Verpflegungscapitals verwendet werden sollte. Dadurch würde es aufhören ein „Gemeinde-Vermögen“ im ursprünglichen Sinne zu sein, während doch keine der anderen Cassen — die meistens auch andere Bestandtheile, wie z. B. Strafgelder enthalten — so sehr eigentliches Gemeinde-Vermögen ist, wie gerade das Magazinkorn resp. der Erlös aus demselben,

denn dieses ist nur dadurch entstanden, dass ursprünglich die Gemeindeglieder einen Theil ihres eigenen Vermögens, d. h. ihr eigenes Korn unter die Verwaltung der Gemeindebeamten und Controle der Aufsichtsbehörde gestellt haben, damit ihnen wiederum zur Zeit der Noth aus dem also gebildeten Vermögen der Gemeinde, oder richtiger noch der Gemeindeglieder, die erforderliche Unterstützung gewährt werden könnte. Daher würden auch die Gemeinden es als einen Verlust des Verfügungsrechtes über ihr Eigenthum betrachten, wenn der Versorgungsfond nicht mehr in jeder Beziehung unter der Verwaltung ihrer eigenen Beamten und der Aufsichtsbehörde stände, d. h. wenn diese Casse nicht vollständig an die Stelle des Vorraths-Magazins träte.

Der einzige denkbare Grund für eine derartige Verwendung des Versorgungsfonds könnte nur sein, dass man den Gemeindebeamten nicht das gehörige Vertrauen schenkt und daher befürchtet, dass das Geld von ihnen verschleudert oder unterschlagen werde. Doch auch diese Befürchtung erscheint unbegründet, wenn man bedenkt, dass — wie es jetzt wohl fast überall üblich und wie es auch gesetzlich vorgeschrieben werden könnte — die Cassen in einem eisernen feuerfesten Geldschrank mit 3 Schlössern aufbewahrt werden, von denen der Gemeindeälteste und 2 Vorsteher je einen Schlüssel in Händen haben, so dass keiner von diesen ohne die beiden Andern zu den Cassen gelangen kann, und somit eine Unterschlagung nur möglich ist, falls die 3 Beamten zusammen das Verbrechen auszuüben beabsichtigen, was doch wenig wahrscheinlich ist. Dazu kommt noch, dass dieselben nicht darauf rechnen können, dass das Verbrechen lange verborgen bleiben kann, denn jährlich werden diese Cassen durch den Kirchspielsrichter revidirt. Bei diesen Revisionen muss aber jede Unterschlagung sofort entdeckt werden, denn es kann zu

diesem Tage auch nicht fremdes Geld beschafft und in die Casse gelegt werden, weil sämmtliche Nummern der Werthpapiere nicht nur in den Cassenbüchern, sondern auch beim Kirchspielsgericht verzeichnet stehen und ein Umtausch oder Verkauf der Papiere nur mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde erfolgen kann. Ebensowenig könnten die Gemeindebeamten, um den Kirchspielsrichter zu täuschen, in die Bücher eintragen, dass grössere Summen zu Darlehen verabfolgt sind, als es factisch der Fall wäre, da — wie bereits oben erwähnt — die Verabfolgung jedes Darlehns aus den Versorgungsfonds von der Aufsichtsbehörde genehmigt werden müsste.

Selbst in dem jedenfalls äusserst seltenen Falle, wo dennoch eine Unterschlagung stattfinden sollte — was ja schliesslich nicht nur bei den Gemeinde-Verwaltungen, sondern unter allen Verhältnissen vorkommen kann — wäre die Gemeinde schon dadurch einigermassen sicher gestellt, dass für das Deficit mit ihrem ganzen Vermögen 3 Beamte haften, die gesetzlich Wirthe und jetzt wohl fast ausschliesslich Grundeigenthümer sind.

Ein grosser und nicht hoch genug zu veranschlagender Vortheil der Erhaltung eines gesonderten, unter der directen Verwaltung der Gemeindebeamten stehenden Versorgungsfonds wäre aber jedenfalls, dass die erforderliche Abhilfe einer dringenden Noth sofort beschafft werden könnte und nicht erst bis zu einer höheren Orts einzuholenden Entscheidung verzögert oder gar vom Ermessen einer allgemeinen Verpflegungs-Commission, die unmöglich die localen Verhältnisse resp. jeden einzelnen Fall genau beurtheilen könnte, abhängig gemacht werde, und dass die Rückforderung resp. die Beibehaltung der fälligen Darlehen eine bedeutend präcisere und

strengere sein wird, falls solches zum Besten eines Gemeindevermögens und nicht eines allgemeinen Verpflegungscapitals erfolgt.

Eine Schädigung des Capitals durch leichtfertig ertheilte Darlehen wäre aber in Folge der jedes Mal einzuholenden Genehmigung der Aufsichtsbehörde doch bedeutend weniger als jetzt beim Vorraths-Magazin zu befürchten.

Die Rückzahlung des aus dem Versorgungsfond verabfolgten Darlehn müsste — gleich den Vorschüssen aus dem Magazin ebenfalls sofort nach der nächsten Ernte erfolgen, und könnte nur in dringenden Fällen mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde noch auf ein zweites Jahr verschoben werden, worauf sodann, falls auch zu diesem letzten Termin die Zahlung ausbleibt, der Rückstand unbedingt vom Schuldner beizutreiben und im Falle völliger Insolvenz derselbe auf die Gemeinde zu repartiren wäre. Die solidarische Haft der Gemeinde wäre hier, ebenso wie beim Vorraths-Magazin, durchaus erforderlich, damit nicht durch wiederholte Ausfälle das Capital des Versorgungsfonds bedeutend vermindert werde. Es kann auch hierin keine besondere Last für die Gemeinde gesehen werden, denn sie hätte ja nur zu haften, falls ein Gemeindeglied völlig mittellos wäre, und in diesem Falle würde sich das Darlehn eben nur in die Unterstützung eines „Armen“ verwandeln, wozu die Gemeinde ja ohnehin verpflichtet ist, wobei ihr auch selbstverständlich das Recht der Rückforderung bliebe, falls der Schuldner später zu Vermögen kommen oder im Stande sein sollte, die Schuld abzulösen. Eine weitere Stundung der Schuld erscheint aber deshalb nicht rathsam, weil dadurch die Ausstände sich zu sehr vergrößern würden, und die Gefahr vorläge, dass für den Nothfall nicht das gehörige Capital flüssig gemacht werden könnte.

Sollten aber die Gemeindebeamten die rechtzeitige Beibehaltung oder im Falle völliger Insolvenz der Schuldner nach Ablauf des zweiten Jahres die Repartition der Rückstände auf die Gemeinde unterlassen, so müssten — gleichfalls in Analogie der für das Magazin bestehenden Bestimmungen — die schuldigen Beamten für den Ausfall mit ihrem eigenen Vermögen haften, damit durch die etwaige Lässigkeit derselben die Gemeinde keinen Schaden erleide.

Erwägen wir nun alle die für die facultative Aufhebung der Vorraths-Magazine und für die Erhaltung des Gemeinde-Versorgungsfonds angeführten Gründe, so erscheint es im höchsten Grade wünschenswerth:

1) dass die Kirchspielsgerichte ermächtigt werden, zufolge eines diesbezüglichen Beschlusses des Gemeinde-Ausschusses und nach vorhergegangener genauer Untersuchung und Constatirung des thatsächlichen Bedürfnisses den Verkauf eines beliebigen Theiles oder auch des ganzen Getreide-Vorraths der Gemeinde-Magazine zu einem jedes Mal zu bestimmenden Minimalpreise zu genehmigen;

2) dass der durch den Verkauf des Kornes erzielte Erlös dem von den Gemeindebeamten unter der Controle des Kirchspielsgerichts verwalteten Gemeinde-Versorgungsfond einzuverleiben sei, aus dem sodann mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde Darlehn an hilfsbedürftige Gemeindeglieder verabfolgt werden könnten; und

3) dass die aus dem Versorgungsfond verabfolgten Darlehen sofort nach der nächsten Ernte zurückzuerstatten seien und nur in dringenden Fällen auch ein zweites Jahr belassen werden könnten,

worauf diese sodann unbedingt beizutreiben und im Falle völliger Insolvenz des Schuldners auf die Gemeinde zu repartiren wären; die Gemeindebeamten aber, welche etwa die rechtzeitige Execution resp. Repartition der inexigiblen Schulden auf die Gemeinde unterlassen, für die hierdurch entstehenden Ausfälle mit ihrem eigenen Vermögen zu haften hätten.

IV. Die Freizügigkeit.

Mit der Freizügigkeit der livländischen Bauern betreten wir ein Gebiet, das eigentlich nicht in die Landgemeinde-Ordnung vom J. 1866 gehört und auf dem daher wohl kaum durch die gegenwärtig beabsichtigte Revision dieses Gesetzbuches von Seiten des Ministerium des Innern eine Abänderung zu erwarten steht. Doch sind die gesetzlichen Bestimmungen über die Berechtigung der Bauern, sich aus ihrer Heimathgemeinde zu entfernen, von so hoher Bedeutung für die Verwaltung der Landgemeinden und greifen so tief in die Interessen derselben ein, dass es auch auf diesem Gebiete erforderlich erscheint, einmal öffentlich auf die im Laufe der Jahre hervorgetretenen Mängel hinzuweisen, und die Nothwendigkeit einer Reform oder Abänderung einzelner Bestimmungen darzulegen. Ausserdem hängt diese Frage insofern auch eng mit der Landgemeinde-Ordnung zusammen, als diese die Competenzen der Gemeindeältesten festsetzt und durch § 20 Pct. i, k, l bestimmt hat, dass derselbe verpflichtet ist „die Ableistung sämtlicher der Gemeinde obliegender Lasten zu überwachen, über alle Gemeindeangehörige ein vollständiges und genaues Verzeichniss (Gemeinderolle) zu führen,“ sowie Pässe, Legitimationen, Aufnahme- und Austrittsscheine in Gemässheit des Pass- und Umschreibungs

gesetzes vom 9. Juli 1863 zu ertheilen,“ dieses letztere Gesetz aber gerade die reformbedürftige Bestimmung enthält, durch welche die Amtsthätigkeit der Gemeindeältesten so sehr erschwert wird. Wegen dieses engen Zusammenhanges dieser Frage mit der Landgemeinde-Ordnung vom J. 1866 wäre jetzt vielleicht doch die günstige Gelegenheit für die Commission in Bauersachen, dem Ministerium des Innern auch auf diesem Gebiete die Mängel, die sich in der Praxis herausgestellt haben, zu unterlegen und wünschenswerthe Neuerungen in Vorschlag zu bringen.

Die in Frage stehende Bestimmung handelt von der Berechtigung der Bauergemeindeglieder, sich auf nicht mehr als 30 Werst von ihrem Wohnorte ohne jede Legitimation entfernen zu dürfen. Durch den § 1 der Regeln für die Verfassung und Umschreibung der Bauern der Ostseeprovinzen vom 9. Juli 1863 war nämlich verordnet worden, dass jedes Mitglied einer Bauergemeinde, „welches, im Gemeindeverbande verbleibend, sich auf mehr als 30 Werst aus der Gemeinde zu entfernen wünscht,“ jederzeit berechtigt sei, einen Pass auf eine Zeit von 3 Monaten bis zu 3 Jahren zu verlangen, falls der Ertheilung des Passes keine gesetzlichen Hindernisse entgegenstehen, und zu dieser Bestimmung fügten die ob erwähnten Regeln in der Anmerkung 3 hinzu: „Auf nicht mehr als 30 Werst von ihrem Wohnorte können sich die Bauern in eigenen Angelegenheiten entfernen, ohne Pässe oder andere Legitimationen ausnehmen zu müssen.“

Da es sich nun wohl sofort ergab, dass hierdurch den Gemeindeältesten in vieler Beziehung — wie später nachgewiesen werden wird — die Erfüllung ihrer Amtspflicht ungemein erschwert war, so erschien schon am 9. Dec. desselben Jahres sub Nr. 122 ein neues Patent mit der Erläute-

rung: „Die passlose Entfernung der Bauern innerhalb eines Amtskreises von 30 Werst von dem Orte ihres Domicils in ihren Angelegenheiten darf indess nicht eine dauernde sein, daher auch Diejenigen, bei welchen der Unverpasste dauernde Aufnahme findet, nicht von den gesetzlichen Hehlungsstrafen befreit sind.“ Hierdurch war nun zum grössten Theile die Befürchtung gehoben, dass die Gemeindeglieder, die sich ihren Verpflichtungen entziehen wollten, ungehindert, auf gesetzlicher Grundlage, ihren Wohnort wechseln und somit jede Controle und Nachforschung unmöglich machen könnten. Doch bestand noch eine Ungewissheit darin, was unter einer „dauernden Entfernung“ und „dauernder Aufnahme“ zu verstehen sei, und es könnte noch vorkommen, dass Gemeindeglieder sich aus der Gemeinde entfernten, nach wenigen Monaten immer wieder innerhalb eines Umkreises von 30 Werst ihren Aufenthalt wechselten, ohne aber in ihre Heimathgemeinde zurückzukehren und ohne dass irgend Jemand ex officio verpflichtet gewesen wäre, ihren Aufenthalt anzuzeigen, und somit doch in diesen Fällen die Controle unmöglich gemacht war.

Wohl zufolge hierauf bezüglichlicher Anfragen und Vorstellungen wurde sodann von der livländischen Gouvernements-Verwaltung durch das Patent vom 29. Oct. 1865 s. Nr. 117 bekannt gemacht, dass die allgemeine Versammlung des Reichsrathes mittelst Allerhöchst bestätigten Gutachtens beschlossen hatte, die letzt erwähnte Bestimmung des Patents vom 9. Dec. 1863 s. Nr. 122 aufzuheben und die in der Anmerkung 3 § 1 der Regeln für die Verpassung und Umschreibung der Bauern der Ostseeprovinzen „ursprünglich enthaltene Bestimmung“ in Kraft zu belassen, wonach die Gemeindeglieder sich also wieder innerhalb eines Umkreises von 30 Werst aus ihrer Heimathgemeinde ohne irgend welche

Legitimation und ohne jede Beschränkung der Zeit entfernen dürfen — und diese Bestimmung ist noch gegenwärtig in Kraft.

Diese Verordnung hat unzweifelhaft den Zweck, eine Gunst und Wohlthat für den Bauerstand zu sein, indem sie dem einzelnen Gliede mehr Freiheit und Selbständigkeit gewährt; doch wie bei der zu Anfang besprochenen Zusammensetzung des Gemeinde-Ausschusses erscheinen auch hier die unansässigen Gemeindeglieder auf Kosten der ansässigen und zum Schaden für die Verwaltung der Gemeinde begünstigt, und deshalb wirken auch hier die Folgen drückend und hemmend auf die Fortentwicklung der Gemeinden.

Um dieses nachzuweisen, erscheint es nothwendig, in Kürze die Verpflichtungen der Gemeinde und der Verwaltung derselben vor auszuschicken, auf welche die allzu ausgedehnte Freizügigkeit der Bauern einen schlimmen Einfluss ausübt.

Vor allen Dingen haftet nun jede Bauergemeinde solidarisch für die richtige Einzahlung aller nach der Kopfhzahl der Gemeindeglieder, d. h. männlicher Revisionsseelen, zu entrichtenden Abgaben, wozu die Kronskopfsteuer und sämtliche zu Gemeindezwecken erforderliche Zahlungen, wie z. B. die Besoldung der Gemeindebeamten, die Beiträge zum Kirchspielsgerichts-Etat, die Errichtung und Unterhaltung der Schulen u. s. w., gehören. Von diesen Zahlungen sind persönlich namentlich Kinder unter 14 und Greise über 60 Jahre, so wie ferner alle arbeitsunfähigen Personen befreit, jedoch ist der hierdurch entstehende Ausfall wiederum von der Gemeinde zu decken, indem derselbe auf die übrigen Gemeindeglieder repartirt werden muss. Zu diesem Zwecke wird vom Gemeinde-Ausschusse festgesetzt, welche Abgaben zu erheben, und welche Personen namentlich zu befreien sind.

Diese Abgaben müssen nun selbstverständlich von den einzelnen Personen zu einem bestimmten Termine entrichtet

werden, damit die eingeflossenen Summen dann rechtzeitig vom Gemeindeältesten zu den bestimmten Zwecken verausgabt werden können, und falls einige Gemeindeglieder mit ihren Zahlungen säumig sind, so werden die Rückstände sofort vom Gemeindegericht executivisch beigetrieben.

Hierzu ist aber offenbar unumgänglich erforderlich, dass der Gemeindeälteste genau weiss, wo sich die einzelnen Gemeindeglieder aufhalten, um das betreffende Gericht wegen der Execution requiriren zu können, und schon bei den sich ausserhalb der Gemeinde aufhaltenden verpassten Personen ist solches mit Schwierigkeiten verbunden, und häufig treffen auch diese Rückstände wegen der weiteren Entfernung und der im Ganzen mangelhaften Postverbindung auf dem Lande nicht rechtzeitig ein, so dass der Gemeindeälteste nicht selten genöthigt ist, um die Zahlungen zum Termine entrichten zu können, persönlich in Auslage zu sein. Doch entsteht durch diese Schulden kein Ausfall, sondern höchstens eine Verspätung der Zahlungen, denn ihr Domicil ist in Folge der Ausreichung und Umwechselung des Passes bekannt. Bei den Gemeindegliedern dagegen, die sich nicht über 30 Werst — was immerhin ein sehr weiter Umkreis ist, von der Gemeinde entfernen, ist es in Folge des Gesetzes dem Gemeindeältesten zur Unmöglichkeit geworden, ihren Aufenthalt zu erfahren, denn auf diese Entfernung können sie sich ohne Pass oder eine andere Legitimation und auch ohne der Gemeindeverwaltung darüber Anzeige zu machen, fortbegeben und bei Jedem auch unlegitimirt auf unbegrenzte Zeit Aufnahme finden. Zur Zeit der Abgabenzahlungen aber specielle Recherchen nach diesen Personen anzustellen, ist gleichfalls nicht möglich, denn dadurch würden den Gemeinden bedeutende Unkosten verursacht, deren Bewilligung von Seiten des Gemeinde - Ausschusses kaum zu erwarten stände. Ausserdem

wären wohl in den meisten Fällen die Nachforschungen erfolglos, denn selbst im neuen Aufenthaltsort dieser Gemeindeglieder wird ihre Anwesenheit häufig dem dortigen Gemeindeältesten unbekannt sein, ja auch diejenigen Personen, bei denen sie ein Unterkommen gefunden haben, werden oft nicht wissen, zu welcher Gemeinde jene angeschrieben sind, da dieselben sich weder bei diesen noch auch bei der Gemeindeverwaltung zu legitimiren brauchen, und somit gar kein Nachweis vorliegt, ob sie auch auf eine etwaige Anfrage hin der Wahrheit gemäss ihre Heimathgemeinde oder gar ihren Namen aufgegeben haben.

Vor allen Dingen scheint demnach die Landgemeinde-Ordnung v. J. 1866 durch den oben erwähnten im § 20 enthaltenen Hinweis auf die Pass- und Umschreibungsregeln vom 9. Juli 1863 im Widerspruche zu stehen zu der im § 22 enthaltenen Bestimmung, wonach der Gemeindeälteste das Recht hat, „von allen im Gemeinde-Bezirk wohnhaften, der Gemeinde nicht angehörigen Personen die Vorweisung ihrer Aufenthalts-Legitimationen zu fordern“, denn nach dem Gesetze über die Verfassung steht dem Gemeindeältesten eben nicht das Recht zu, von den Personen, deren Heimathgemeinde nicht über 30 Werst entfernt ist, irgend welche Legitimation zu fordern.

Dieses wäre jedoch noch der geringere Mangel der in Frage stehenden Verordnung, schlimmer aber ist, dass dem Gemeindeältesten, der verpflichtet ist, sämmtliche Abgaben auch auf die auswärtigen Gemeindeglieder repartiren zu lassen, die Möglichkeit benommen wird, von einem Theile derselben die Zahlungen betreiben zu lassen und somit keine Mittel besitzt, die nothwendigen Zahlungen zu bestreiten. Am Auffallendsten tritt der Uebelstand hervor bei den genau zum Termine zu entrichtenden Kopfsteuern, für welche gleichfalls

nicht nur der Schuldner, sondern alle Gemeindeglieder solidarisch haften. Die Folge davon ist, dass häufig die nothwendigsten Ausgaben, wie z. B. zu Schulzwecken oder zur Besoldung der Gemeindebeamten unterbleiben müssen oder doch nicht rechtzeitig entrichtet werden können, und die Kopfsteuer-Rückstände von den Gemeindeältesten — falls sie nicht wohlhabend genug oder nicht gesonnen sind, von sich aus den Ausfall zu decken — durch das Ordnungsgericht executivisch beigetrieben werden, da sie ja gleichfalls solidarisch für diese Schuld der Gemeinde haften. Sind die Gemeindeältesten aber sehr wohlhabend und wollen es nicht zur Execution kommen lassen, so sind sie gezwungen, persönlich sich in sehr bedeutende Ausgaben zu stürzen, wodurch nicht selten ein rechtschaffener Gemeindeältester verarmt ist und sein Gesinde verloren hat, denn bei grossen Gemeinden kommt es vor, dass der Gemeindeälteste zu Zeiten bis 2000 Rubel für die Gemeinde in Auslage ist, wobei es sehr fraglich bleibt, ob er jemals die volle Summe ersetzt erhalten wird. Es liegt ja auch auf der Hand, wie sehr die in Rede stehende Bestimmung der Reform bedarf, denn wenn die Gemeinde gesetzlich solidarisch für die rechtzeitige Entrichtung der Abgaben haftet, so muss ihr auch gesetzlich nicht nur die Möglichkeit gewährt sein, in dieser Beziehung eine genaue Controle über alle Gemeindeglieder auszuüben, sondern es müssten ihr sogar die sichersten Mittel verliehen werden, die Zahlungen rechtzeitig von den Schuldnern beschaffen zu können.

Nun ist der Gemeindeälteste allerdings berechtigt und verpflichtet, für den Fall, dass Rückstände seitens solcher Gemeindeglieder stattfinden, welche in den Repartitionslisten als zahlungsfähig aufgenommen sind, die solidarische Verbindlichkeit der Gemeinde sofort in Kraft treten zu lassen und die Ausfälle auf die übrigen zahlungsfähigen Gemeindeglieder

zu repartiren. Es könnte demnach auf den ersten Blick fast scheinen, als ob durch diese Bestimmung wenigstens der Gemeindeälteste persönlich vor den Auslagen geschützt sei; doch bei genauerer Betrachtung erweist sich auch dieser Schutz als ungenügend, denn um die solidarische Haft der Gemeinde eintreten zu lassen, und die durch die ausgebliebenen Zahlungen entstandenen Ausfälle zu vertheilen, muss der Gemeindeälteste jeden einzelnen Fall dem Gemeinde-Ausschusse vorlegen, da er ohne Genehmigung dieser Versammlung keine Repartition vornehmen darf. Nun wird aber der Ausschuss fast regelmässig die Vertheilung der Restanz auf die zahlungsfähigen Gemeindeglieder in den Fällen nicht genehmigen, wo der Ausfall in Folge der Abwesenheit und nicht der erwiesenen Zahlungsunfähigkeit der Schuldner entstanden ist, weil namentlich die Hälfte der Ausschusspersonen, d. h. die unanständigen Mitglieder gegen die hierdurch eintretende Erhöhung der Abgaben und vorgeblich der Ansicht sein wird, dass die Gemeindeverwaltung lässig bei den Nachforschungen nach den Schuldnern gewesen wäre. In solchen Fällen ist nun der Gemeindeälteste genöthigt, über den Beschluss Beschwerde zu führen, und es ist einleuchtend, dass dadurch die Angelegenheit bereits so lange verzögert ist, dass die Zahlungstermine verflossen sind, und der Gemeindeälteste, um sich vor der Execution zu schützen, doch persönlich die Auslagen machen muss.

Sollte aber auch der seltene Fall sich ereignen, dass der Gemeinde-Ausschuss den Eintritt der solidarischen Haft genehmigt und keines der dagegen stimmenden Glieder — denn an solchen fehlt es niemals — hierüber bei der Aufsichtsbehörde Beschwerde geführt, so kann allerdings sofort die Repartition auf die Gemeinde stattfinden. Doch werden dann wieder zeitraubende executivische Beitreibungen nöthig

werden, und durch die in Frage stehende Freizügigkeit Ausfälle entstehen, worauf sodann abermals das ganze eben besprochene Verfahren mit den unausbleiblichen Ausfällen eintritt etc. etc. Kurz, zum Termin können in Folge der allzu sehr ausgedehnten Freizügigkeit die erforderlichen Zahlungen niemals einfließen und der Gemeindeälteste muss persönlich die Ausfälle aus eigenen Mitteln decken

Nun ist der Gemeindeälteste wohl gesetzlich dazu berechtigt, mit Zustimmung des Gemeinde-Ausschusses und Genehmigung des Kirchspiels-Gerichts aus der Gebietslade eine Anleihe zur Deckung des Ausfalles zu machen, doch auch dieses Recht ist meistens ein illusorisches, denn abgesehen davon, dass die Anleihe durch die von zwei Instanzen zu erwirkende Genehmigung sehr verzögert wird, sind in den seltensten Fällen in der Gebietslade so bedeutende Summen vorhanden, dass alle Ausfälle sofort gedeckt werden könnten, namentlich weil diese Casse ausdrücklich „zur Bestreitung der Gemeinde-Bedürfnisse“ bestimmt und deshalb bereits zum grossen Theil, wie z. B. zur Errichtung der Gemeindehäuser, verausgabt ist. Auch deshalb schon erweist sich die Gebietslade zu diesem Zwecke als völlig ungenügend, weil die Ausfälle mindestens zweimal jährlich, d. h. zu den Zahlungsterminen der Kopfsteuer eintreten, und die gemachte Anleihe so schnell unmöglich zurückerstattet werden kann, denn, wie oben gezeigt, erfordert es sehr viel Zeit, die auf die Gemeinde repartirten Summen in Vollem zu beschaffen.

Doch der Ausfall der Zahlungen ist nicht der einzige Uebelstand, der sich in Folge der gesetzlichen Passlosigkeit innerhalb eines Umkreises von 30 Werst bemerkbar gemacht hat, vielmehr greift die entzogene Controle über einen Theil der Gemeindeglieder störend in die meisten Functionen des

Gemeindeältesten ein, wie namentlich beim Führen der Gemeinderolle und der Familienliste.

Wie bereits oben erwähnt, ist der Gemeindeälteste verpflichtet, über alle Gemeinde-Angehörige ein vollständiges und genaues Verzeichniss, d. h. die Gemeinderolle und Familienliste zu führen, und ist namentlich die Genauigkeit dieses Verzeichnisses unumgänglich nothwendig, denn hier-nach wird nicht nur jede Zahlung repartirt, sondern auch die Militärpflicht der einzelnen Personen bestimmt, und doch sind sowohl die Gemeinderolle als auch die Familienliste in der Regel unvollständig, ohne dass dem Gemeindeältesten deshalb ein Verschulden zur Last gelegt werden könnte.

Der Grund liegt auch hier in der Verordnung über die Freizügigkeit, denn der Gemeindeälteste kann unmöglich sämtliche Glieder seiner Gemeinde kennen, da ihm der Wohnort derselben unbekannt ist, und er daher auch weder wissen noch erfahren kann, ob den sich auf gesetzlicher Grundlage ohne Legitimation ausserhalb der Gemeinde aufhaltenden Gliedern Kinder geboren oder gestorben sind. Wenn es schon an sich schwierig ist, von denen, die sich mit einem Passe entfernt haben, die erforderlichen Angaben genau zu erhalten, so lässt sich solches doch auf dem Wege der Requisition bewerkstelligen, da ihr Wohnort bekannt ist und dieselben genöthigt sind, nach Ablauf des Passes sich zur Umwechselung desselben zu melden. Bei denjenigen jedoch, die sich innerhalb eines Umkreises von 30 Werst ausserhalb der Gemeinde aufhalten, ist es zur vollständigen Unmöglichkeit geworden, den Zuwachs oder die Abnahme der Familie zu erfahren, denn freiwillig werden diese Angaben fast niemals gemacht; auf anderem Wege kann der Gemeindeälteste dieselben aber nicht ermitteln. Die Folge davon ist, dass bereits jetzt einerseits sehr viele seit dem Jahre 1863 und

namentlich 1865 geborene Bauern existiren, die zu keiner Gemeinde angeschrieben sind und daher auch, wenn sie das 14. Lebensjahr überschreiten, die ihnen gesetzlich obliegende Zahlung der Kopfsteuer und der übrigen Gemeindeabgaben nicht leisten, andererseits aber nach wie vor in Grundlage der Gemeinderolle auf bereits Verstorbene die Abgaben repartirt und sodann, da die Zahlung nicht erfolgt, wieder auf die Gemeinde vertheilt werden müssen — bis endlich, oft erst nach mehreren Jahren, der Tod in Erfahrung gebracht wird.

Auch liegt in dieser Verordnung häufig der Grund, dass so viele Bauernkinder ungeimpft bleiben, denn die Gemeinde-Verwaltung richtet sich bei der Durchführung der obligatorischen Impfungspflicht nach der Gemeinderolle resp. Familienliste, und die Kinder, die in diesen Verzeichnissen nicht stehen, bleiben ungeimpft, da die Bauern leider meistens noch nicht so aufgeklärt sind, ohne Zwang von sich aus die Kinder impfen zu lassen.

Der Uebelstand wird aber noch fühlbarer werden, wenn die in der Fremde geborenen Kinder der Unverpassten das Alter der Militärpflicht erreicht haben werden, denn dann wird es gewiss vorkommen, dass diese Personen sich der Verpflichtung entziehen, und zwar aus dem Grunde, weil sie in keiner Familienliste verzeichnet sind und daher auch von keiner Gemeinde aufgegeben werden können, weil sie berechtigt sind, jederzeit ihren Wohnort ohne jede Legitimation zu wechseln. Ferner wird auch nicht zum geringen Theile in Folge dieser Verordnung so häufig die Nachforschung nach verschiedenen nicht zu ermittelnden Personen von Seiten der Behörden erfolglos bleiben, denn in der Heimathgemeinde weiss man nicht um ihren Aufenthalt, und der Gemeindeälteste des Aufenthaltsortes kann sehr leicht getäuscht werden, da die Personen ja überhaupt keiner Legitimation bedürfen

Demnach ist es nun einleuchtend, dass einerseits die Gemeinde und namentlich die ansässigen Glieder übermässig belastet werden, weil nicht nur die Abgabenrestanzen der Zahlungsunfähigen, sondern auch der Zahlungsfähigen, deren Wohnort in Folge der in Frage stehenden Verordnung nicht ermittelt werden kann, gedeckt werden müssen, andererseits die Amtsthätigkeit der Gemeindeältesten so sehr erschwert ist, dass bereits häufig das Amt von tüchtigen und rechtschaffenen Personen ausgeschlagen wird, wenn sie nur irgend welchen gesetzlichen Grund dafür vorbringen können

Ausserdem ist es nicht ersichtlich, was mit der Bestimmung gemeint ist, dass ein Jeder bei sich Personen, deren Wohnort nicht mehr wie 30 Werst entfernt ist, ohne jede Legitimation aufnehmen darf. Welche Bürgschaft oder Nachweis liegt denn überhaupt vor, dass die Heimathgemeinde nicht weiter als 30 Werst entfernt oder dass das unlegitimирte Individuum nicht eine passlose, von den Gerichten verfolgte Person ist?

Vermuthlich ist nun vorausgesetzt worden, dass Niemand eine unlegitimирte, ihm unbekannte Person aufnehmen wird, ohne sich vorher von der Richtigkeit der Angaben derselben in Betreff des Namens und der Zugehörigkeit durch Nachforschungen überzeugt zu haben; in diesem Falle wäre es doch unendlich praktischer und einfacher, wenn überhaupt jedes Gemeindeglied, das sich ausserhalb der Gemeinde aufhalten will, eine Legitimation vorweisen müsste. Doch trifft auch obige Voraussetzung durchaus nicht zu, denn leider ist das Landvolk noch leichtgläubig genug, um häufig den eigenen Angaben der Personen Glauben zu schenken, und es wird demnach durch die Passregeln unzweifelhaft dem passlosen Herumtreiben der Bauern ein Vorschub geleistet, was Jedem

bekannt sein wird, der Gelegenheit gehabt hat, die häufigen Klagen der Gemeindeältesten hierüber zu hören

Da nun wohl durch das Obige hinlänglich erwiesen ist, dass eine Aufhebung der Bestimmung, wonach sich die Gemeindeglieder ohne jede Legitimation innerhalb eines Umkreises von 30 Werst von ihrem Wohnorte entfernen dürfen, durchaus wünschenswerth erscheint, so wäre noch festzustellen, ob für den auf diese Entfernung auszunehmenden Aufenthaltsschein gleichfalls eine Passsteuer zu entrichten wäre oder nicht. In dieser Beziehung muss nun vor allen Dingen den in der Nr. 145 der Neuen Dörptschen Zeitung veröffentlichten Ausführungen des Herrn G. v. S. in gewisser Beziehung beigepflichtet werden, wonach der Zweck der Passsteuer darin besteht, dass durch sie die Einzelnen in Zukunft eventuell zur Unterstützung von Seiten der Gemeinde Berechtigten „dadurch gezwungen werden, einen Beitrag zu diesen Versorgungskosten zu leisten,“ wonach ferner es der Gemeinde „in Hinsicht ihrer Verpflichtungen absolut gleichgiltig“ ist, ob ihr Gemeindeglied in einer nahen oder fernen Gemeinde dient, ob es hier oder dort verunglückt, und wonach endlich die Fähigkeit der Fortziehenden zur Bezahlung der Steuer innerhalb 30 Werst keine geringere als bei einer grösseren Entfernung sei. Von diesem Gesichtspunkte aus läge allerdings kein Grund zur Befreiung der Passsteuer innerhalb eines Umkreises von 30 Werst vor. Auf der anderen Seite wird aber durch diese Steuer die Freizügigkeit empfindlich behindert, denn die Unansässigen suchen sich meistens ihr Verdienst innerhalb dieses Umkreises, und durch die Zahlung von 3 Rbl. jährlich wird die Concurrenz der arbeitssuchenden Bevölkerung vielfach gestört. Auch kann der oben angeführten Ansicht des Herrn G. v. S. nur „in gewisser Beziehung, nicht aber unbedingt beigepflichtet werden, denn es dürfte der Ge-

meinde doch nicht „absolut gleichgiltig sein,“ ob auf ihre Kosten ein Gemeindeglied, z. B. weil sein Pass abgelaufen oder weil es erwerbsunfähig geworden, von 100 oder von 20 Werst, ihr zurückgesandt wird. Auch kann aus einer geringen Entfernung eine hilfsbedürftige Person viel leichter in die Heimathgemeinde gebracht werden, wo die Verpflegungskosten jedenfalls geringer sein werden, als in der Ferne, wo es der fremden Gemeinde darauf gar nicht ankommt, hierin auf Rechnung einer anderen sparsam zu sein, so dass es erfahrungsmässig bei grösseren Entfernungen vorkommt, dass eine Gemeinde durch eine sehr hohe Rechnung für Verpflegungskosten unangenehm überrascht wird. Auch das Verdienst des Fortziehenden wird in den meisten Fällen bei grösserer Entfernung ein grösseres sein, denn er wird eben nur dann dorthin fortziehen, wenn ihn ein grösserer Erwerb, sei es nun ein höherer Lohn oder eine günstigere Pacht, lockt, da auch in der Nähe es ihm, bei der gegenwärtigen Arbeiternoth, niemals an dem nöthigen Verdienste fehlen kann.

Schliesslich würde auch wohl dem passlosen Umhertreiben voraussichtlich erfolgreicher gesteuert werden, wenn bei einer Entfernung bis 30 Werst keine Passsteuer erhoben wird, denn, wie schon oben gesagt, suchen sich die Unansässigen meistens ihr Verdienst innerhalb dieses Umkreises, und Mancher würde sich passlos aus der Gemeinde entfernen, um sich der Steuer zu entziehen, denn Arbeit würde er auch ohne einen Aufenthaltsschein, namentlich in der Nähe, finden, da das Landvolk leider in dieser Beziehung nicht gewissenhaft genug ist und fast jeder Arbeitgeber wird eine ihm als tüchtigen Arbeiter bekannte Person auch unlegitimirt annehmen. Wird aber keine Passsteuer verlangt, so wird wohl Jeder, der die Gemeinde verlässt, sich vom Gemeindeältesten einen Aufent-

haltsschein ausbitten, und Niemand wird den kostenfreien Gang scheuen.

Daher wäre wohl die Ausreichung eines Aufenthaltscheines ohne Passsteuer zu befürworten, doch erscheint die Frage als eine nebensächliche, da der Hauptzweck der Aufhebung der in Redestehenden Verordnung unzweifelhaft der ist, dass der Gemeindeverwaltung die Möglichkeit gewährt werde, eine genaue Controle über sämtliche Gemeindeglieder auszuüben. Da es nun aber auch unzweifelhaft nothwendig ist, den Gemeindegliedern zu gestatten, zur Besorgung ihrer eigenen Angelegenheiten, sich auf kurze Zeit auch ohne Legitimation zu entfernen, so wäre hierzu noch eine bestimmte Frist festzusetzen, weil — wie oben gezeigt — die Worte „nicht dauernd“ allzu dehnbar und ungenau sind, und erschiene zu diesem Zwecke ein Zeitraum von 14 Tagen völlig genügend.

Aus allen den im Vorstehenden angeführten Gründen erscheint es daher wohl als ein dringendes Bedürfniss für die Entwicklung des Landvolkes und namentlich für die Verwaltung der Gemeinden, dass die Anmerkung 3 zum § 1 der Regeln für die Verpassung und Umschreibung der Bauern in den Ostseeprovinzen vom 9. Juli 1863, sowie das Patent vom 29. Oct. 1865 sub Nr. 117 aufgehoben werde, und bei der bevorstehenden Revision der Landgemeinde - Ordnung vom J. 1866 statt dieser Bestimmung eine Verordnung erlassen würde, die etwa folgendermassen zu lauten hätte:

„Bei einer Entfernung von nicht mehr als 30 Werst von ihrer Heimathgemeinde unterliegen die Bauern keiner Passsteuer, müssen aber, falls ihre Abwesenheit mehr als 14 Tage dauert, von dem Gemeindeältesten ihrer Gemeinde einen Auf-

enthaltsschein ausnehmen und sich durch denselben sofort beim Gemeindeältesten ihres neuen Aufenthaltsorts legitimiren, daher auch Diejenigen, bei welchen Jemand ohne die gehörige Legitimation mehr als 14 Tage Aufnahme findet, von den gesetzlichen Hehlungsstrafen nicht befreit sind.

